



Einige Anfechtungen von Vergleuten zu übersehen, die anscheinend übermäßig beschuldigt waren, vermutete Wünsche des Betriebsführers zu erfüllen.

Dabei gab es in der Versammlung gar nichts, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen gehabt hätte. Ganz im Gegenteil: Laut muß ich das innig kameradschaftliche Verhältnis der Herren Betriebsleiter zu den Vergleuten, das geradezu ausgesucht bössliche, bestechend zuborkommende Auftreten der Herren gegen die Arbeiter rühmen.

Meine Herren! so begann der Betriebsinspektor seine Ansprache, es freut mich, daß Sie unserer Einladung in so großer Zahl gefolgt sind. Ich begrüße Sie herzlich. Gestatten Sie mir nun, Ihnen zu sagen, was uns bewegen hat. Sie zu dieser Zusammenkunft mit uns zu bitten. In dieser Weise, unter reichlicher Anwendung von Höflichkeitserformeln, legte er den Leuten dann dar, wie ein Streik und wie Arbeiterforderungen in der Regel von wohlwollenden Unternehmern oder Oberbeamten beurteilt zu werden pflegen. Streik ist ein zweifelhafteiges Schwert, Wünsche haben wie alle, wer hätte wohl keine Wünsche, selbst die Reichsten haben Wünsche, jeder sucht seine Lage zu verbessern, wir verstehen, daß auch Sie Ihre Lage zu verbessern streben, wir sehen im Arbeiter keineswegs nur die Arbeitsmaschine, sondern auch den Menschen. (Pause: Im Gegenteil!) Er rief also den Arbeitern dringend vom Streik ab, natürlich mit der ausdrücklichen Versicherung, daß das nur im Interesse der Arbeiter geschehe. Die Beamten seien ja da ganz uninteressiert, sie hätten keinen Schaden davon, wenn die Arbeiter streikten. Schließlich machte er den Vorschlag, die Arbeiter (es waren gegen tausend Mann anwesend) sollten eine Kommission wählen, die der Direktion die Wünsche der Belegschaft vortragen solle. Heute Wünsche vorzutragen, bitte er zu unterlassen, da er nicht berechtigt sei, Wünsche entgegenzunehmen.

Danach sprach der Betriebsführer, der die Versammelten als Kameraden und „meine wertigen Vergleute“ anredete. Er sagte das- selbe wie der Betriebsinspektor.

Die Versammlung erfüllte auch den Wunsch der Beamten. Es sprachen einzelne Vergleute zu dem Vorschlag, eine Kommission zu wählen.

So wenig nun eigentlich diese Versammlung ausgemacht hat, so ist sie doch immerhin symptomatisch. Erstens das Abmahnen der obersten Berufsbeamten vom Streik, das dieser Absicht angepaßte ausgesucht bössliche Auftreten der Beamten, das den so übereinstimmenden Klagen der Vergleute vollständig widersprach, das freiwillige Anerkennen, mit den Arbeitern zu verhandeln; und dann noch eins: der erste Versuch, der sich zu dem Vorschlag äußerte, stellte in sehr geschickter Form die Bedingung auf, daß die Kommission aus Angehörigen der drei auf der Zeche vertretenen Organisationen bestehen müsse. Er stellte in den Vordergrund nicht die Zugehörigkeit der Kommissionsmitglieder zur Organisation, sondern die Priorität unter den Angehörigen der verschiedenen Organisationen. Und die Betriebsleiter erklärten das für ganz selbstverständlich, so daß sie damit eine so unumwundene Anerkennung der Organisation ausgesprochen, wie sie Arbeiter anderer Berufe bisher noch immer vergeblich erstreben.

Die Kommission wurde denn auch zusammengesetzt aus je einem Mitglied des alten Verbandes, des christlichen Verbandes und der polnischen Berufsorganisation.

Der Betriebsinspektor mahnte dann noch, man möchte doch auch für richtige Auffklärung der „fremdsprachlichen Herren“ sorgen (sonst mögen sie wohl Polacken heißen), weil die wegen mangelnder Sprachbeherrschung am leichtesten irreführen könnten.

Zum Schluß hat der Betriebsinspektor die Kommission noch, ihre Erwartungen nicht zu hoch zu spannen. Es sei jetzt eine schlimme Zeit, die Industrie liege danieder; gerechte Wünsche der Arbeiter würde die Direktion gern erfüllen, allzu ausshweifende Wünsche aber könne sie nicht erfüllen.

So ging denn die Versammlung nach etwa einstündiger Dauer in scheinbar vollster Harmonie mit den Unternehmervertretern auseinander.

Aber unter der Asche glimmt es. Verschiedene kleine Jäger in der Versammlung bewiesen, daß mit diesem Sonntagseim die Arbeiter nicht mehr abzuspeisen sind. Auch die Zeche „Mont-Genis“ wird Taten sehen lassen müssen.

Bei einem Besuch auf Zeche „Konstantin der Große“, die etwa 1/2 Tausend Mann Belegschaft hat, sah ich die Leute in den Rassen mit ihren Kleiderbündeln, die in blane oder weiße Säcker eingeschlagen sind, nach Hause ziehen. Vorläufig hat der Streik nichts Schreckliches für sie. Sie empfinden es zunächst offenbar nur als eine Erleichterung, endlich einmal das Joch los zu sein und endlich zu einem Entschlusse zur Tat gekommen zu sein nach dem langen Zögern.

Ich besuchte dann einige

#### „Bergmannsdörfer“

Zu einer genauen Beschreibung komme ich wohl später noch; jetzt nur so viel, daß es ein unverwundter Bader ist, den Arbeitern für diese Löcher Mieten von 18 M. bis 28 M. im Monat abzunehmen.

#### Zu Langendreer war heut Nachmittag eine Frauenversammlung.

An tausend Frauen waren anwesend und begeistert für den Streik. In der Diskussion trat eine ältere Frau auf, die die Klagen der auf die Hälfte des Gehalts berieselten. Das schienen die andern längst schon nutzlos erprobt zu haben. Sie gingen an zu lächeln, die Rednerin mußte abtreten und schließlich wurde die überfüllte Versammlung so unruhig, daß der überwachende Beamte die Auflösung für nötig hielt.

Bochum, 14. Januar.

(Bericht unseres Z.-Mitarbeiters.)

#### Die Arbeit unter Polizei-Aufsicht.

Auf einzelnen Schächten, auf denen gefeiert wird, hatte ich bereits die ganz unnützlich herumflanzierende Gendarmen gesehen. Man sagte mir, daß die Schächte, die noch arbeiten, noch besser bewacht werden. Auf Shamrock I und II habe ich es heute zur Fröhlichkeit beobachtet. Diese Schächte waren schon mehrmals als im Streik befindlich genannt worden. Tatsächlich ist aber auch heute noch die Fröhlichkeit so gut wie vollzählig eingefahren. Von 1/4 Uhr bis 5 Uhr kamen die Leute ununterbrochen. Aber unter Polizei-Aufsicht. Vor dem Zechentore sowie auf der Zugangsstraße waren berittene Gendarmen und Schutzleute zu Fuß postiert. Ich zählte acht berittene und sechs zu Fuß, auf dem Zechenplatz waren gleichfalls Gendarmen aufgestellt und dieser Polizeischutz scheint dauernd auf der Zeche eingerichtet zu sein; ich kam gerade hinzu, als ein Trupp Berittene abgelöst wurde. Es war eine richtige Belagerung. Wie man mir sagte, ist die Bewachung der Arbeiter noch nicht zu Ende, wenn sie die Polizisten und Gendarmen passiert haben. Sie werden sofort von Beamten in Obhut genommen und bleiben unter dieser Aufsicht bis sie umgekleidet zum Einfahren bereit stehen. Dabei ist niemand da, der die Einfahrenden von der Arbeit abhalten will. Auch Zeche „Konstantin“ fand ich noch um 6 Uhr von mehreren Polizeiposten besetzt. Wenn Th. Th. Heine sein bekanntes Bild noch einmal zeichnete: rechts die Fabrik, links das Zuchthaus, zu beiden je ein schmaler Weg auf hohem Damme führend und davor der Schutzmantel, der dem Arbeiter die volle Freiheit gibt, zu wählen — er könnte das einfacher machen. Der Gendarmenposten vor dem Vergewerke, in das die Arbeiter freiwillig hineingehen, der vereinigt die Fabrik mit dem Zuchthaus. Vielleicht sagen sich nun erst recht die Vergleute, daß

es besser sei, zu Hause zu bleiben, statt unter Polizei-Aufsicht zu arbeiten.

#### Ein Aufruf des Bergarbeiter-Verbandes.

Der Bergarbeiter-Verband verbreitete an die Bergarbeiter des Ruhrreviers folgenden Aufruf: Der vor der entscheidenden Konferenz in Essen abgefaßt ist und alle Behauptungen über sozialdemokratische Streikgeheizen bündig widerlegt.

#### Kameraden!

Die bekannt, sind trotz allem Abstraten seitens der Organisationen die Kameraden einiger Zechen im Dortmund Revier in den Ausstand getreten und immer mehr Zechen schließen sich an. Die Kameraden waren zu sehr durch die Mithände angeschlagen. Dadurch ist die Situation eine sehr ernste geworden und ist es unbedingte Pflicht eines jeden Kameraden, unter allen Umständen auf Ruhe und Ordnung zu sehen.

Denn sowie irgend eine Aufregung eintritt, sind die strengsten Maßnahmen der Behörden die Folge und dann wird diese Bewegung ungünstig, zum Schaden der Arbeiter ausfallen.

Also, Kameraden, wirt auf Eure Kollegen ein, daß auch nicht einer einen derartigen Fehler macht. Ruhe und Ordnung muß unter allen Umständen herrschen, sonst geht unsere gerechte Sache verloren. Weidet den Alkoholgenuß so viel als möglich, haltet Euch den Kopf kühl, damit jeder bei guter Verunft bleibt, nichts Unrechtes tut. Laßt Euch auch von der Polizei, wenn sie schroff und provozierend auftritt, nicht zu unüberlegten Schritten hinziehen.

Meldet und per Telephon (Nr. 1301 Bochum) alle sich dem Streik anschließenden Zechen und wichtigen Vorkommnisse, namentlich auch Beschwerden über zu schroffe Vorgehen der Behörden.

Heute Donnerstag, den 12. Januar cr., wird die Revierkonferenz entscheiden, ob und welche Forderungen an den Verein für bergbauartige Interessen und an die Zechen gestellt werden. Den entscheidenden Beschlüssen dieser Revierkonferenz, an der alle vier Organisationen teilnehmen, müssen sich alle Kameraden fügen, auch wenn die Aufhebung des Streiks beschloffen wird, muß jeder Folge leisten. Sollten die Konferenzbeschlüsse nicht alle befriedigen, so können zwar da und dort von Belegschaftsversammlungen noch neben-sächliche Beschlüsse gefaßt werden, aber bezüglich der Hauptfragen und Hauptforderungen kann nur das gelten, was die Revierkonferenz beschließt.

Kameraden, zeigt Disziplin, zeigt, daß Ihr Männer seid, zeigt, daß Ihr organisiert seid! Daltet die Unorganisierten in Jaum und Jügel und fahrt sie der Organisation zu! Alle Mann an Bord, alle in die Organisation, nicht einer darf der Organisation fernbleiben. Nur Einigkeit und eine starke Organisation führt zum Ziele und kann den trotigen Grubenherren etwas abgewinnen.

Sorgt ja dafür, daß alles ruhig und in Ordnung sich abspielt, damit die Polizei nichts zu tun bekommt.

Hoch die Einigkeit und Disziplin! Folgt Euren Führern!

Mit Glückauf!

H. S. a. s. e. Verbandsvorsitzender.

#### Kohlensyndikat, Regierung und Streik.

Das Kohlensyndikat hat ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt:

„Dauer und Umfang der Bewegung ist bei der gegenwärtigen Lage nicht zu ermessen. Wir glauben aber, daß die Bewegung nicht von Dauer sein wird, und hoffen, daß binnen kurzem die Förderung sich wieder so gestalten wird, daß der Verband in gewohnter Weise ausgenommen werden kann.“

Das Kohlensyndikat vergütet den Zechen für jede infolge des Streiks nicht gelieferte Tonne 1,50 M.

In einer geheimen Vorstandssitzung des Syndikats nahm man am Sonnabend Stellung zu den Arbeiterforderungen. Der „Spezial“ Scherls glaubt „genug erschren zu haben, um sagen zu können, daß keine völlig ablehnende Antwort ergehen wird“.

Wir glauben genug erfahren zu haben, um sagen zu können, daß die Arbeiter keineswegs eine „nicht völlig ablehnende“ Antwort, sondern nur die Genehmigung ihrer billigen Forderungen befristigen wird.

Nach einer Korrespondenz beabsichtigt die Regierung im Falle der Proklamation des Generalstreiks Kommissare in das Ruhrrevier zu entsenden zu dem Zwecke, mit beiden Parteien Fühlung zu suchen und eventuell eine Einigung vorzubereiten.

#### Eine Max Lorenz-Verschwörung.

Max Lorenz, der das Gras wachsen hört, hat ermittelt, daß es sich bei dem Streik um eine teuflisch kluge Verschwörung der Sozialdemokratie handelte. Man wolle durch den Ausstand die Macht des Zentrums brechen. Daher sei es

„auch ohne weiteres klar, warum der Streik zu einer möglichst un-günstigen Zeit inszeniert worden ist, so daß er notwendigerweise verloren gehen muß. Siegte die streikende Arbeitermasse, so sagten sich die katholischen Arbeiter: Auch auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung können wir unsere Forderungen und Ziele erreichen; also brauchen wir die Sozialdemokratie nicht.“ Unterliegen dagegen die Arbeiter, so fesselt sie gemeinsamer Groll und gleiches Leid an die sozialdemokratischen Waffenbrüder und läßt sie an der Zentrumsparthei verzweifeln, die als „herrschende Partei“ nicht einmal ihre Anhänger vor der schmachlichen Niederlage hat bewahren können oder wollen.“

Es ist ja nichts leichter, als diese höllische Intrige der Sozialdemokratie zu durchkreuzen, die die Arbeiter in einen ungünstigen Streik heft: Die Unternehmer brauchen nur die Forderungen zu bewilligen! Dann ist die Sozialdemokratie blamiert!

#### Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. Januar.

#### Die Skandalchronik der Rechtsprechung.

Der Reichstag konnte heute nicht die sozialdemokratische Interpellation über den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier behandeln. Der Reichskanzler zieht es vor, da er die Reichs-angelegenheit der Handelsverträge in das Klassenparlament verschleppt, dort auch ein paar harmlose Phrasen über den Riesenkampf der Bergarbeiter zu sprechen, wo deren legitimierte Vertreter ihm auf den Zahn zu fühlen nicht in der Lage sind. Jedenfalls nicht vor Mittwoch und jedenfalls nur im aller-beschränktesten Umfang ist die hohe königliche Staatsregierung bereit, diese Interpellation, bei der jede Stunde Verzögerung unübersehbaren Schaden stiften kann, vor der Vertretung des deutschen Volkes zu beantworten.

So wurde denn heute die Generaldebatte über die deutschen Rechtsverhältnisse fortgesetzt, ohne zu Ende zu kommen. Genosse Stadthagen, der als erster Redner zu Wort kam, nagelte zunächst das Zentrum auf seine widerspruchsvolle Stellung zum Rechte der ländlichen Arbeiter und die Freisinnigen auf dem Geständnis des Herrn Kopsch fest, daß das Gesetz über Entschädigung unschuldig erlittener Untersuchungs-haft, dem sie zugestimmt haben, halbe Arbeit und schon jetzt nach einer Frist von ein paar Monaten dringend reform-bedürftig sei. In der Hauptsache aber stellte er noch einmal die beiden anständigsten und sonderbarsten Prozesse aus der letzten Zeit, den Ruffstrat- und den Bäcker-Prozess, ins rechte

Licht. Er lehnte es ab, gegen den jetzt wehrlosen Häffling Bäcker in der Weise zu gehen, wie es gestern Herr Benzmann getan hatte.

Was ist an dem Falle des Dreschgrafen überhaupt nur zweierlei interessant. Einmal daß ein Mann von seiner Geistesbeschaffenheit jahrzehntelang Amtsvorsteher sein konnte, dann, daß er in einer ganzen Reihe von Gerichtsurteilen als „bornehmer Aristokrat“ und „tiefreligiöser Mensch“ bezeichnet und mit einer so seltenen gegen Proletarier nie geübten Milde abgeurteilt wurde. Zum Fall Ruffstrat stellte Stadthagen zunächst aus dem Wortlaut des Urteils fest, daß alle seine Behauptungen über den Meister des Pokerns und der Lustigen Stieben in den Gerichtsverhandlungen tatsächlich erwiesen worden seien. Am Beispiel des Abg. Burlage zeigte er, wie besangen die oldenburgischen Richter gegenüber den Redakteuren des „Residenzboten“ seien, und daß sie Raube nähmen, nicht Recht sprächen, wenn sie entgegen dem alt-oldenburgischen Rechtsgrundsatz: „Niemand soll richten, der dem Angeklagten feindlich gesinnt ist.“ über sie zu Gericht saßen. Nach scharfsinnigen Untersuchungen über das Wesen der Kollektiv-beleidigung, der Beleidigung eines ganzen Standes, deren Begriff er für vollkommen haltlos erklärte, verspottete er wichtig den Don Quixote-Eifer des Zentrumskämpfers Burlage gegen den „Simplizissimus“-Schmutz, indem er ihn an die Verleumdungen der „Germania“ und anderer edler Organe für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ über das Privatleben sozialistischer Abgeordneter erinnerte. Zum Schluß stellte er noch einmal die zwei Tatsachen einander gegenüber: Der Redakteur Biermann wird wegen der angeblich ehrlosen Verleumdung des Justizministers zu einer unerhört harten Gefängnisstrafe verurteilt, die durch die Art der Strafvollstreckung zu einer Tortur des Mannes ausartet; der Justizminister Ruffstrat findet für die sicherlich ehrlose Beleidigung der wehrlosen Wittstetterin Frau Biermann mildere Richter, die ihn in eine Geldstrafe von 100 M. nehmen. Aber Herr Benzmann wird weiter bestreiten, daß es Klassenjustiz gibt.

Diese Rede Stadthagens löste endlich dem Staatssekretär Nieberding die Zunge. Er teilte mit, daß die Reichsbehörden in Oldenburg angefragt hätten, ob in der Behandlung Biermanns und Schwennerts die Reichsgesetze gewahrt seien und vollkommen befriedigende Auskunft erlangt hätten. Die oldenburgischen Behörden sind so gut legitimiert zu dieser Auskunft wie der Königsberger Generalkonstil zum Uebersehen. Noch zwei bürgerliche oldenburger Abgeordnete ergriffen zu diesem Falle das Wort.

Herr Burlage zog sich im Gegensatz zu seinem probierenden Auftreten in der vorgestiegenen Debatte heute vorsichtig zurück und wollte nichts gesagt haben. Der Freisinnige Bargmann erklärte einerseits die oldenburgischen Richter für unbesangen, andererseits ein außeroldenburgisches Gericht für unbesangener. Einerseits die Behandlung Schwennerts für kein Staatsverbrechen, andererseits für reichsgefehdwidrig und dem Gerichtsurteil zuwiderlaufend. Wahrscheinlich wollte er beweisen, daß sich nicht nur die Nationalliberalen mit zwei Seelen absünden könnten.

Der Rest der Debatte wurde durch drei Duelle von Abgeordneten ausgefüllt. Der Reichsparteiler Stockmann schloß in der Verteidigung der preussischen Dänenverfolgungen gegen den Dänen Jessen recht schlecht ab; der Abg. Bruhn (Antisemit) gab einige antisemitische Anekdoten vom Freisinnshelden Benzmann zum besten, und dieser rewangierte sich durch plumpe Ausfälle gegen den — Genossen Stadthagen. Und der Zentrums-Abgeordnete Schmidt-Warburg verteidigte gegen den Freisinnigen Schrader die jetzige Fassung des Gotteslästerungs-Paragrafen. — Montag soll die Debatte fortgesetzt werden. —

#### Das Dessauer Kriegsgerichts-Urteil.

Das Revisionsverfahren des Oberkriegsgerichts in Sachen des Dessauer Kriegsgerichts-Urteils ist heute zu Ende gegangen. Bekanntlich waren durch das Urteil der ersten Kriegsgerichtsinstanz in Dessau der Gefreite Günther und der Musketier Voigt wegen Meuterei zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Ihrer Verurteilung lag folgender Tatbestand zu grunde:

Die beiden Angeklagten hatten sich in einem Tanzlokal bei Dessau vergnügt. In dem Tanzlokal befand sich auch der schwer angetrunkene Unteroffizier Heine. Als Heine das Lokal verließ, traf er auf zwei junge Mädchen, die „Bräute“ der beiden Angeklagten. Er sprach sie an, und als er keine Antwort erhielt, verkehrte er einem der Mädchen einen Stoß, daß es zu Boden fiel. Als im selben Augenblick auch Günther und Voigt das Lokal verließen und von dem Vorfall erfuhren, eilten sie Heine nach, um ihn zur Rede zu stellen. Der Unteroffizier gab jedoch keine Antwort, sondern zog das Seitengewehr und schlug um sich. Voigt entwandt dem Angetrunkenen die Waffe, gab sie ihm aber gleich wieder zurück. Heine riß nun dem Musketier das Seitengewehr aus der Scheide und lief mit beiden Waffen davon. Die Angeklagten verfolgten Heine und entrißen ihm wiederum das dem Voigt gehörige Seitengewehr. Bei dem Handgemenge kam der Unteroffizier zu Fall, worauf er mit seiner eigenen Waffe um sich hieb. Das Kriegsgericht sah in dieser Handlung der Angeklagten den Tatbestand des militärischen Aufruhrs, des tätlichen Angriffes und der Mätungsverletzung gegen einen Vorgesetzten und erkannte auf fünf Jahre Zuchthaus!

Die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht gelangte zu einer ganz w-entlichen Aenderung des erstinstanzlichen Urteils. Bei den diesmaligen Feststellungen des Oberkriegsgerichts handelte es sich darum, festzustellen, ob die beiden Verurteilten weiter gegangen seien, als aus Notwehr unbedingt nötig war. In dieser Beziehung hatte die Dessauer Kriegsgerichtsinstanz eine ganz eigenartige Stellung genommen. Sie hatte erklärt, daß Voigt und Günther die Notwehr überschritten hätten; einem Vorgesetzten gegenüber gäbe es keine Notwehr, sondern nur eine „Abwehr“; ein juristischer Begriff, der gar nicht existiert und der erst von dem Kriegsgericht in Dessau entdeckt worden ist. Das Dessauer Kriegsgericht war der Ansicht, daß die beiden Angeklagten sich überhaupt nicht hätten zur Wehr setzen dürfen, sondern daß sie den Säbelhiebs des Heine einfach passiven Widerstand hätten entgegensehen müssen. Das Dessauer Kriegsgericht hat allerdings auch Heine bestraft, und zwar wegen Ueberschreitung der Notwehr, aber im Verhältnis zu der gegen Voigt und Günther erkannten ungewöhnlichen Strafe nur zu einem Minimalstrafmaß von drei Monaten Gefängnis.

Bei der jetzigen Verhandlung handelte es sich, wie gesagt, darum, festzustellen, ob die beiden Verurteilten in ihrer Notwehr zu weit gegangen seien. Ferner fragte es sich, ob der Aussage des Unteroffiziers Heine irgend welche Bedeutung beizumessen sei. Das Kriegsgericht der ersten Instanz hatte angenommen, daß Heine nicht vollständig betrunken ge-

wesen sei und daß der zweite Angriff gegen ihn keinen Akt der Notwehr dargestellt habe, daß vielmehr der gemeinlich unternehmende Angriff von Voigt und Günther den Charakter des Aufzuehrs gegen einen Vorgesetzten getragen habe. In der heutigen Vernehmung erklärte jedoch Heine selbst, daß er sich auf die damalige Situation absolut nicht mehr besinnen könne, da er vollständig betrunken gewesen sei.

Unter diesen Umständen gelangte dem auch der Vertreter der Anklage zu einem wesentlich anderen Standpunkt als das Kriegsgericht der ersten Instanz. Er erklärte, daß die Angeklagten nur in der Notwehr gehandelt hätten und nicht weiter gegangen seien, als unbedingt notwendig gewesen wäre. Sie hätten dem Unteroffizier zwar zweimal das Seitengewehr abgenommen, es ihm aber jedesmal sofort wieder zurückgegeben. Der Angeklagte Günther habe sich in der Lage befunden, das Dienstmädchen Regel schützen zu müssen. Er habe es doch nicht deshalb schuldig lassen können, weil der Täter sein Vorgesetzter gewesen sei. Hingegen habe das ganze Verhalten des Heine bewiesen, daß er seiner Sinne absolut nicht mehr mächtig gewesen sei.

Trotz dieser Auffassung plädierte jedoch der Vertreter der Anklage nicht etwa auf Freisprechung, sondern nur eine Herabsetzung der in der ersten Instanz erkannten Strafe.

Auch dieser Strafantrag wird der Öffentlichkeit ungeschweiger erscheinen. Der öffentliche Ankläger hat angenommen, daß die Angeklagten nur in der Notwehr gehandelt haben, er hat angenommen, daß der Vorgesetzte sinnlos betrunken war und die tollsten Exzesse beging. Trotz alledem verlangte er, daß im Interesse der „eisernen Disziplin“, die unter den Soldaten nun doch einmal herrschen müsse, auf eine hohe Freiheitsstrafe erkannt werde, eine Freiheitsstrafe, die noch doppelt und mehr so hoch ist, als die gegen Heine beantragte Strafe von sechs Monaten Gefängnis!

Der öffentliche Ankläger begründete im Interesse der Disziplin diese Strafe damit, daß auch disziplinwidrige Elemente dem Heere angehört und daß diese durch drakonische Strafen eingeschüchtert werden müßten. Dies Argument kam um so weniger für den vorliegenden Fall in Betracht, als sowohl Günther wie auch Voigt von ihren militärischen Vorgesetzten das Zeugnis tüchtiger, einwandfreier Soldaten ausgesprochen worden ist. Trotz alledem sollen im Interesse der Disziplin auch Unschuldige zu schweren Strafen verurteilt werden!

Wenn auch durch das heute gefällte Urteil des Oberkriegsgerichts dem Urteil der ersten Instanz seine furchtbare Schärfe genommen worden ist, so wird trotz alledem die öffentliche Meinung und deren Vertretung auch an dem neuen Urteil ansdrücklichste Kritik üben müssen, denn im Grunde genommen befugt das Urteil doch nur wiederum, daß es gegen militärische Vorgesetzte auch bei den größtmöglichen Ausschreitungen derselben eine Notwehr nicht geben könne!

Die konservative Interpellation über die Handelsverträge ist mit Absicht erst jetzt eingebracht worden, um dem Reichstags die Veröhnung des Reichstags zu ermöglichen, daß er zuerst im preußischen Abgeordnetenhause Rede stand. Darum verzichteten auch die Konservativen auf eine Beratung der Interpellation in den nächsten Tagen.

Als Herrgott selbst, nicht als seinen Stellvertreter dünkte sich der Unteroffizier Rehbod vom 108. sächsischen Infanterie-Regiment in Leipzig; denn er ließ die Rekruten eines Tages im Späthjahr, nachdem er sie, wie so oft, gehörig gezwiebelt hatte, im Kreise um ihn herum niederknien, wobei sie ihm mit gefalteten hochgehobenen Händen anbeten mußten. Aber nicht nur diesen Unfug verübte Rehbod, sondern er traktierte die Rekruten unter Beschimpfungen auch mit Schlägen und Prüfen. Kamentlich hatte er es auf den Rekruten Raumann II abgesehen, den er mit Kolbenstößen, Faustschlägen und Fußtritten so regalierte, daß dieser mehrere Tage dienstunfähig war. Das führte dann schließlich zur Verhaftung Rehbods und zu seiner Verurteilung zu fünf Jahren Gefängnis und Degradation. Kamentlich wegen der letzteren legte er Verurteilung beim Oberkriegsgericht ein; aber dieses verwarf sie nicht nur, sondern attestierte Rehbod noch, daß er tatsächlich ein Leuteschinder niedriger mit Gefinnung sei.

## Ausland.

### Frankreich.

#### Zur Kabinettstrife.

Paris, 14. Januar. Die von Jaurès in der Kammer eingebrachte Tagesordnung, von welcher das Schicksal des Kabinetts abhängen wird, lautet wie folgt: Die Kammer, entschlossen, die Reformen betreffend die Einkommensteuer, Trennung zwischen Kirche und Staat und die Arbeiter-Altersklassen durchzuführen und gewiß, jede Opposition zurückzuweisen, vertraut der Regierung hinsichtlich der Durchführung des Programms und geht zur Tagesordnung über. — Combes hat diese Tagesordnung angenommen.

Die ministerielle Lage wird in allen politischen Kreisen eifrig besprochen. Verschiedene Minister haben, wie es heißt, Combes erlaubt, im Namen des Gesamtministeriums zu demissionieren, da sie der Ansicht sind, daß das Kabinett bei der jetzigen Lage nicht mehr die notwendige Autorität besitzt, ihre Reformen durchzuführen. Es sei daher besser, zurückzutreten. Combes soll die Erklärung abgegeben haben, er werde der Kammer nochmals sein politisches Programm unterbreiten, das er bereits in Augeres dargelegt hat. Er wird erklären, daß er die Schwierigkeiten des Programms würdige und wird die Kammer ersuchen, ihm zu folgen. Schließlich soll der Minister noch gesagt haben, daß er, wenn er wirklich gefürchtet werden sollte, möglichst nach links rücken werde.

### Dänemark.

Der Sturz des Ministeriums Deunher, der nun eine vollendete Tatsache ist, erfolgte nicht, wie man das in einem parlamentarisch regierten Lande für selbstverständlich halten sollte, durch das Parlament. Leider bietet die Geschäftsordnung des dänischen Reichstags keine Handhabe, brennende politische Fragen sofort auf die Tagesordnung zu setzen, wie das z. B. in der französischen Deputiertenkammer möglich und üblich ist. Wäre das im dänischen Reichstag möglich, so hätte die politische Situation viel besser gelöst werden können und die Ministerkrise hätte wahrscheinlich ein anderes und dem Volkswillen mehr entsprechendes Ergebnis gehabt, als es jetzt der Fall ist. Die Entscheidung wurde in den Fraktionsversammlungen der Linkenpartei getroffen. Das Volksting mußte abwarten, was die herrschende Partei zu beschließen für gut fand, und konnte an den beiden Entscheidungstagen nur ganz kurze und inhaltslose Sitzungen abhalten. Die Sitzung am Donnerstag wurde um 1 Uhr mit derselben Tagesordnung wie am Donnerstag: „Mitteln des Vorhanges“ eröffnet, aber sofort auf 1 1/2 Uhr vertagt. Aber auch dann lag noch keine offizielle Mitteilung von der schon längst vollzogenen Demission Deunhers vor. Die Sitzung wurde geschlossen und die nächste auf den anderen Tag mit derselben Tagesordnung festgesetzt. Die Linke hatte bereits am Vormittag in ihrer Fraktionsversammlung Deunher und damit auch Jöhnke und Hage zur Amtsniederlegung gezwungen. Der radikale Flügel der Fraktion, 21 Abgeordnete, hatte jedoch eine Resolution eingebracht, in der bei Bildung des neuen Ministeriums Garantien für eine demokratische und antimilitaristische Politik verlangt wurden. Der Vorsitzende, der zum Finanzminister auferwählte Anders Nielsen, verhinderte die Abstimmung darüber mit

der Begründung, daß die Frage nicht zuvor im Parteivorstand diskutiert worden sei, worauf Jahnke, der Vorsitzende der Antragsteller, erklärte, daß man sich unter diesen Umständen auf eine Sprengung der Partei vorbereiten müsse. Eine solche scheint denn auch nach dem jetzt Vorgefallenen unvermeidlich zu sein.

## Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages beschäftigte sich heute während der Plenarsitzung mit einer Reihe von Anträgen auf Genehmigung zur Strafverfolgung gegen Abgeordnete während der Dauer der Session. Es lagen vor gegen den Abg. Scheidemann (Soz.) zwei Privatklagen wegen Verleumdung durch die Presse, eine ebenfalls gegen den Abg. Schmidt-Franfurt (Soz.), eine gleiche gegen den Abg. Gerstenberger (Z.) und schließlich ein Strafantrag gegen den Abg. Dreesbach (Soz.) wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz, weil er nach Auflösung einer Versammlung noch eine Ansprache gehalten haben soll. In allen diesen Fällen verurteilte die Geschäftsordnungskommission die Genehmigung.

## Vom ostasiatischen Kriegsjahresplan.

### Russische Beunruhigungsversuche.

Aus Tokio sind Nachrichten eingetroffen, die beweisen, daß die russische Kavallerie, die während des ganzen Krieges eine überaus traurige Rolle gespielt hat, endlich den Versuch unternommen hat, durch Umgehungsmanöver und Streifzüge die Japaner zu beunruhigen. Nach den Tokioer Meldungen sind stärkere Kavallerie-Abteilungen sowohl um die östliche wie um die westliche Flanke der Japaner hinaus vorgezogen und haben versucht, die Eisenbahnverbindungen zwischen der Hauptfestung der japanischen Mandchuri-Armee und Port Arthur resp. Niutschwang zu zerstören. Es ist ihnen in der Tat auch gelungen, leichtere Zerstörungen an der Eisenbahnlinie vorzunehmen. Die Japaner haben dann jedoch diese Streifkommandos, deren eines, das gegen Niutschwang mandrierte, gegen 2000 Mann stark gewesen sein soll, angegriffen und zurückgeschlagen. In einem Gefecht sollen die Russen 80 Mann, in einem anderen sogar 200 verloren und sich fluchtartig zurückgezogen haben. Nach einer Lesart soll dieses russische Angreifen speziell zu dem Zweck unternommen werden, die Artillerie abzufangen, die dem japanischen Hauptheer von Port Arthur aus zugeführt wird. Diese Versuche sind nicht erreicht worden und werden auch schwerlich erreicht werden, da die Japaner alles aufbieten, um den russischen Vorstößen sofort energisch entgegenzutreten.

### Der Zar für die Fortdauer des Krieges.

Der Zar hat einen Tagesbefehl an Armee und Flotte erlassen, in dem er die Fortdauer des Krieges proklamiert. Der Tagesbefehl lautet:

Petersburg, 14. Januar. Port Arthur ging in die Hände des Feindes über. Et Monate währte der Verteidigungskampf; über sieben Monate war die ruhmreiche Garnison von der Außenwelt abgeschnitten. Der Hilfe beraubt, ohne Murren die Entbehrung und die moralischen Qualen während der Entwicklung der Erfolge des Gegners ertragend, Leben und Blut nicht schonend, hielt eine handvoll (7) russischer Leute in der festen Hoffnung auf Entsatz die wütenden Angriffe des Gegners aus. Mit Stolz verfolgte Rußland ihre Heldentaten, die ganze Welt beugte sich vor ihrem heldenhaften Sinne. Doch täglich lüchelten sich ihre Reihen. Die Kampfmittel gingen unter dem Andrängen stets neuer feindlicher Kräfte aus, sie mußten ihre Heldentat vollendend, der Uebermacht erliegen. Friede der Asche und ewiges Andenken den unvergesslichen Russen, welche bei der Verteidigung von Port Arthur umkamen, welche bei der Verteidigung von Port Arthur umkamen. Fern von Rußland starbt Ihr für Rußlands Sache, erfüllt von der Liebe zu Kaiser und Vaterland. Euch Lebenden sei Ruhm! Gott heile eure Wunden und schenke Euch Kraft und Geduld, die anerkennende neue schwere Prüfung zu tragen! Unser Gegner ist lässig und stark, unfähig schwer ist der Kampf mit ihm 100000 Werts fern von den Quellen unserer Kraft. Aber Rußland ist machtvoll. In seinem tausendjährigen Leben gab es noch schwerere Prüfungen und noch drohere Gefahren, und jedesmal ging es aus dem Kampf neugestärkt und mit neuer Macht hervor. Unsere Mißerfolge sind schwer. Zudem wir unsere Verluste beklagen, wollen wir uns nicht vertreiben lassen. Mit ganz Rußland vertraue ich, daß die Stunde des Sieges bald andrückt; ich bitte zu Gott, daß er die mir teuren Truppen und die Flotte segne, damit sie vereint den Feind niederwerfen und die Ehre und den Ruhm Rußlands stützen.

Aus dieser Proklamation geht hervor, daß der Zar trotz aller Mißgeschicke, die seine ungeliebten Truppen getroffen haben, gar nicht daran denkt, den Krieg aufzugeben. Der Friedens-Zar erklärt vielmehr, daß er zuversichtlich hoffe, daß bald in neuen Schlachten seine Truppen und seine Flotte vereint den Feind niederwerfen und die Ehre und den Ruhm Rußlands wieder herstellen würden.

In der Proklamation zeigt sich also die krasse Feindschaft, die bisher von dem „friedensfreundlichen“ Rußland getrieben worden ist. Jedermann, der Jar nicht zuleht, weiß, daß der Krieg in Ostasien provoziert wurde, nicht durch die Eroberungsgier der Japaner, sondern durch die völkerrechtswidrigen Eroberungen der Russen. Die Japaner haben nur einen sie bedrohenden Streich durch rasche Offensive pariert. Trotz alledem geht die russische Feindschaft soweit, „Gott“ für die russische Ehre zu engagieren. Schon bisher hat man ja mit Heiligenbildern und Anrufung Gottes den ungeheuerlichsten Mißbrauch in Rußland getrieben, ohne daß dadurch der Sieg an die Fahnen des frechen zarischen Eroberertums geheftet worden wäre. Auch diese neuen Feindschaften werden natürlich an dem Verlauf des Krieges nicht das geringste ändern.

Aus der Proklamation geht jedenfalls soviel hervor, daß sich der Zarismus noch immer stark und ungebrochen fühlt, daß er es sich zutraut, sowohl den siegreichen Feind in Ostasien die Stirne zu bieten, als der Volksempörung im Innern. Es ist ein gewagtes frevelhaftes Spiel, das der Zarismus betreibt. So gut wie fest steht es für den Beobachter des bisherigen Kriegsverlaufes, daß dieses dreiste Spiel um Zehntausende von Menschenleben in Ostasien täglich Schiffbruch erleiden wird, daß Rußland zu seinen bisherigen schmachlichen Niederlagen noch furchtbarere Niederlagen erleiden wird. Und der Wunsch aller Kulturfreunde des Bestens kann es nur sein, daß der Zarismus auch im Innern ebenso lässig zusammenbrechen möge, wie auf den Schlachtfeldern der Mandchuri!

## Aus Industrie und Handel.

### Der russische Finanzbericht für 1905.

Der russische Finanzminister hat, wie alljährlich, auch diesmal pünktlich zum russischen Neujahrstag, der jetzt bekanntlich 13 Tage später fällt als der unserige, einen ausführlichen Etat- und Finanzbericht aufgestellt, der von dem Woiwoden Bureau in einem vier Spalten langen Telegramm übermittelt wird. Auf einen eigentlichen Wert

können diese Berichte mit ihren Budgetaufstellungen keinen Anspruch machen. Sie sind unter Mittels Leitung des russischen Finanzministeriums zu einem bloßen Mittel geworden, alljährlich der Welt in gedrängten Worten zu verkünden, wie prächtig es um die russischen Finanzen und um die Entwicklung des ganzen russischen Wirtschaftslebens bestellt ist; und es ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß der jetzige Finanzminister bei der Abfassung seines Berichts nach anderen Grundsätzen verfahren sein sollte als sein Vorgänger. Die Buchhaltung im russischen Finanzministerium und seinen Unterabteilungen ist von anderer Qualität und Art als in konstitutionellen Staaten. Wiederholt ist im letzten Jahrzehnt von russischen Nationalökonomem selbst, vornehmlich von Putni und Jsaieff, nachgewiesen worden, daß die Angaben des russischen Budgets absolut unzuverlässig sind, den Rechnungsnachweisungen der Reichskontrolle widersprechen und zum Teil auf den wunderbarsten Rechnungsumständen beruhen. Ein von Herrn Witte sehr beliebtes Kunststück war es zum Beispiel, die für die Reparatur der Staatseisenbahnen ausgegebenen Summen nicht als Reparaturkosten buchen zu lassen, sondern auf Kapitalkonto als für Neuanlagen ausgegebene Beträge.

Dazu kommt diesmal ein Umstand, der den Wert des Berichts noch zweifelhafter erscheinen läßt als sonst. Nach einer Verfügung des Zaren vom Jahre 1890 sollen in die gewöhnlichen Finanzvoranschläge während eines Krieges die besonderen Kriegskredite und Ausgaben nicht einzeln gestellt werden, sondern solche Summen, wie sie der Frontstärke der Truppen in Friedenszeiten entsprechen, d. h. also völlig fingierte Ziffern. Tatsächlich bringt der Budgetbericht denn auch über die bisherigen Kriegskosten nur wenige unkontrollierbare und unzuverlässige Angaben.

Veranschlagt werden im Bericht die ordentlichen Staatseinnahmen für das Jahr 1905 mit 1 977 045 618, außerordentliche Einnahmen 17 588 638, hiervon aus den Vorräten der Staatsrentei 14 838 638 Rubel; ordentliche Ausgaben 1 916 065 571, außerordentliche Ausgaben 78 598 685; der Etat balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 1 904 084 236 Rubel. Die ordentlichen Einnahmen übersteigen also die ordentlichen Ausgaben um 60 980 047 Rubel. An Einnahmen werden erwartet: Direkte Steuern 139 361 354, indirekte Steuern 390 888 500, Gebühren 105 324 374, Staatsregalien 592 791 800, Staatseigentum und Kapitalien 579 994 897, diverse 159 735 193 Rubel. Von den außerordentlichen Ausgaben entfallen für Staatsschulden 303 018 190, höchste Staatsinstitutionen 3 418 045, für den Heiligen Synod 28 952 790, Hofministerium 16 127 920, Ministerium des Reichens 5 704 055, Kriegsministerium 367 054 867, Marineministerium 116 037 050, Finanzministerium 341 640 895, Ministerium für Ackerbau und Domänen 47 322 933, Ministerium des Innern 108 603 833, Unterrichtsministerium 43 068 486, Verkehrsministerium 448 299 104, Seehandels-Schiffahrt und Häfen 12 346 698, Justizministerium 49 854 620, Staatskontrolle 9 173 326. Interessant ist, daß nach den Angaben des Berichts die Einnahmen aus dem Branntwein-Verkauf während der ersten neun Monate des Jahres 1904 um 6,9 Millionen Rubel, die Zolleinnahmen um 7 Millionen Rubel zurückgegangen sind.

Ueber die Kriegsausgaben heißt es im Bericht:

Die Gesamtsumme der bis zum Schlusse dieses Jahres in allen Ressorts eröffneten außerordentlichen Kriegskredite beträgt 621 000 000 Rubel. Ein Teil dieser Summe wird noch einen Teil der Ausgaben zum Beginn des neuen Jahres decken. Ein anderer Teil dieser Summe wurde verwandt für verschiedene Anschaffungen, für welche auch noch Zahlungen im nächsten Jahre geleistet werden müssen. Im Januar 1904, d. h. vor Ausbruch des Krieges, verfügte die Reichsrentei über einen freien Vorrat von 352,4 Millionen Rubel. Nach Ausschluß von 105,8 Millionen Rubel für Deduktion außerordentlicher Ausgaben, die im Staatsbudget für 1904 aufgeführt sind, erreichte der völlig freie Vorrat der Staatsrentei die Höhe von 246,6 Millionen Rubel. Die allerhöchste vorgesehene Einschränkung der Staatsausgaben brachte der Staatsrentei 348,3 Millionen Rubel. Außerdem ergab die im April erfolgte Emission 5prozentiger Schatzscheine und 3,6prozentiger im August insgesamt 432 Millionen Rubel, und somit betragen die Mittel der Staatsrentei zusammen mit oben erwähnten 356,6 Millionen Rubel und 148,3 Millionen Rubel außer den budgetmäßigen Ressourcen 736,9 Millionen Rubel. Aus dieser Summe sind auszufleiden 19,5 Millionen Rubel für die im Budget 1904 unvorgesehenen Ausgaben, wie Zinsen für neu kontrahierte Anleihen u. dgl., die übrigen 717 Millionen bilden die Mittel, welche im Jahre 1904 zur Deckung der Kriegsausgaben benutzt und zum Teil bestimmt waren. Diese Hilfsmittel wurden nach vorliegenden Angaben für 10 Monate nicht geringer durch die Resultate der Realisierung des Budgets für das abgelaufene Jahr, obgleich die ordinären Staatseinnahmen im Jahre 1904 nicht so erfolgreich eingehen können, wie dies im Jahre 1903 der Fall war.

So heißt es wörtlich im Woiwoden Telegramm; die Zahlen stimmen jedoch nicht. Entweder giebt das Telegramm sie unrichtig wieder, oder es sind bei der Abfassung des Berichts dem Verfasser possierliche Rechenfehler unterlaufen. Es kann, falls die Endsumme richtig ist, und diese scheint richtig ausgeworfen zu sein, der Vorrat der Reichsrentei nur 156,6 Millionen Rubel, der durch die Einschränkung der Staatsausgaben erzielte besondere Ueberfluß nur 148,3 Millionen Rubel betragen.

Die heutige Finanzlage wird darauf folgendermaßen geschildert:

Nach Ablauf von 11 Monaten nach Beginn des Krieges ist der Finanzminister in der Lage, zu bestätigen, daß das Währungs-system des Staates seine volle Integrität und Festigkeit bewahrt hat. Der durch das Gesetz fixierte Wechselkurs ist infolge des ungehinderten Umwechslens von Kreditbilletten gegen Gold unverändert geblieben; das Bedürfnis des inneren Umlages an Wertpapieren in Metall und Papier wurde ohne jede Schwierigkeit befriedigt. Der allgemeine Goldvorrat ist im Vergleich mit dem von Ende 1903 auf die bedeutende Summe von 77,3 Millionen angewachsen und die Summe des der Reichsbank und der Krone gehörenden Geldes hat sich um 184 Millionen Rubel vergrößert. Andererseits hat der Gelddruck sich im Sinne der Abnahme der Summe der Goldbilletten im Umlauf und der Zunahme der Emission von Kreditbilletten verändert. Bei einem auf Gold basierten Währungs-system ist genügender Goldbestand Grundbedingung einer festen Valuta. Um so größere Bedeutung hat die der Regierung zur Verfügung stehende Summe der Goldvorräte in außerordentlichen Zeiten, wenn auf reichlichen Metallzufluß aus dem Auslande schwer zu rechnen ist und die Ausgaben außerhalb des Landes sehr bedeutende sind.

Das Exposé weist dann darauf hin, daß im Hinblick darauf im vorliegenden Jahre für nötig erkannt wurde, die Goldvorräte durch anormale Anleihen zu vergrößern. Durch Realisierung der fünfprozentigen Schatzscheine im Auslande stieg der Goldbestand von 1058 Millionen zu Ende 1903 am 14. Juli 1904 auf 1237 Millionen. Zum 21. Dezember 1904 hatte sich der Goldvorrat der Reichsbank und des Staatschatzes im Vergleich zum Vorrat vom 14. Juli nicht vermindert. Diese Lage des Goldbestandes, der schon nicht mehr unter dem Einfluß der Verstärkung der Anleihen steht, muß als günstiges Symptom erscheinen. Die Summe des Goldvorrates, welcher nach Deckung der emittierten Kreditbilletts zurückbleibt, beträgt 711,1 Millionen Rubel und die Sicherung der Billets erreicht 150 Proz.

Zum Schluß wird dann noch auf die Vermehrung der Sparkassen-Einlagen, die gute (?) Getreide-Ernte, die günstige (?) Entwicklung der Eisen-, Maschinen- und Kohlenindustrie, die aktive Handelsbilanz hingewiesen und mit folgenden niedlichen Sätzen geschlossen:

Die prompte Deckung der großen Extra-Ausgaben des Jahres 1904, der günstige Ablauf des Budget-Voranschlags für 1905, die Stabilität der Währung und die günstigen Verhältnisse der Getreideernte bei reicher Ernte ohne über-

mäßige Schwierigkeiten des Handels und der Industrie legen Zeugnis ab für den in wirtschaftlicher Hinsicht befriedigenden Verlauf des ersten Kriegsjahres; immerhin sei eine Einwirkung der Kriegszeit auf die wirtschaftlichen Verhältnisse unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar sei aber auch, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Reichs schon mehrfach ehrenvoll aus den Prüfungen schwerer Kriegsnot hervorgegangen sind. Auch jetzt werde hoffentlich das Reich nach vollbrachten Waffentaten gestärkt und verjüngt zur friedlichen Wirksamkeit zurückkehren.

Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hielt gestern in Offen seine „Zehnbefitzer-Versammlung“ und „Vertratsung“ ab. Nach Eröffnung der Versammlung der Zehnbefitzer erklärte der Vorsitzende, daß das Kohlenyndikat keinen Anlaß habe, zu dem Zustand im Ruhrkohlenrevier Stellung zu nehmen; es sei zur Veratung der Streitfragen auch nicht zuständig, sondern lediglich der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamts-Bezirk Dortmund. Für das Syndikat käme nur die Frage in Betracht, ob und inwieweit die bisherige Förderbeschränkung aufrecht erhalten werden solle. Er schlage Aufhebung jeglicher Beschränkung vor. Die Versammlung stimmte dieser Ansicht bei und beschloß demgemäß. Ferner wurde die Abgabe und die Entschädigung für den Mehr- und Minderabfuhr in der bisherigen Höhe von 1,50 M. und die Strafe für jede Tonne der von den Beteiligten nicht gelieferten Mengen, ebenfalls wie bisher, auf 2 M. festgesetzt, dagegen von der Festsetzung der Beteiligungsdanteile für die Monate Februar und März 1905 in Anbetracht der gegenwärtigen Lage abgesehen.

Nach dem darauf erstatteten Geschäftsbericht des Vorstandes, betrug für das ganze Jahr 1904 die Gesamtbeteiligung 7387 334 Tonnen, die Förderung 67 255 901 Tonnen, der Abfuhr aber nur auf 66 431 809 Tonnen.

An die dem Syndikat angehörenden Zechen hat der Syndikatsvorstand folgendes, weit mehr für die Außenwelt als für die Zechen selbst berechnetes Rundschreiben gerichtet:

„Die vor einigen Tagen auf der „Druckstraße“ ausgebrochene Arbeiterbewegung hat weitere Kreise gezogen und ist auf andere Zechen übergesprungen, wodurch auch die Förderung bei einer größeren Zahl der unserer Vereinigung angehörenden Zechen zum Teil ganz unterbrochen, zum Teil stark beeinträchtigt worden ist, so daß während der nächsten Tage die Ablieferungen unregelmäßig sein werden. Dauer und Umfang der Bewegung ist bei der gegenwärtigen Lage nicht zu ermessen. Wir glauben aber, daß die Bewegung nicht von Dauer sein wird, und hoffen, daß binnen kurzem die Förderung sich wieder so gestalten wird, daß der Verband in gewohnter Weise aufgenommen werden kann.“

### Gewerkschaftliches.

#### In die deutschen Metallarbeiter!

Kollegen! Wie Ihr aus der Tagespresse wißt, befinden sich im Ruhrgebiet nahezu 70 000 Bergarbeiter im Ausstand und es ist nicht abzusehen, welche Kreise diese Bewegung noch ziehen wird, und zwar nicht nur unter den Bergarbeitern selbst, sondern auch durch Uebergreifen auf die mit dem Bergbau verbundenen oder die von ihm abhängigen Industrien. In den in nächster Verbindung mit dem Bergbau stehenden Industrien gehört die Metallindustrie und besonders die Eisen-, Stahl- und Metall-Rohproduktion! Diese ist genau wie der Bergbau ein Teil der Montanindustrie. Zehnbefitzer und Hüttenleute reichen sich die Hand zum Kampf gegen die Arbeit. Anstatt den billigen Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden, verweigern die Zehnbefitzer kategorisch jede Verhandlung; die Hüttenbesitzer schränken ihre Betriebe ein und legen dadurch Tausende von Arbeitern aufs Pflaster. Man hofft die Standhaftigkeit der Vergleute zu brechen, indem man die Feuerarbeiter der Hüttenwerke gegen sie ausspielt und diese zwingen will, einen nachteiligen Einfluß auf die Vergleute auszuüben.

Kollegen! Können wir ruhig zusehen, wie man unsere eigenen Berufsgenossen gegen eine uns nahe verwandte Arbeiterkategorie ausspielt?

Nein! Und abermals: Nein!

Wir dürfen, wir wollen nicht ruhig zusehen, wir wollen uns sein mit den kämpfenden Vergleuten, wir wollen sie in ihrem Ringen unterstützen!

Darum auf, Kollegen! Gebe ein jeder sein Scherlein, trage ein jeder dazu bei, daß unseren Arbeitsbrüdern im Bergbau der Kampf erleichtert wird. An unsere Mitglieder besonders appellieren wir. Sie sollen in diesem Bestreben mit gutem Beispiel vorangehen. Allenthalben, wo sich Verwaltungsstellen und Mitgliedschaften unseres Verbandes befinden, müssen sofort außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen werden mit der Tagesordnung:

Die Bedeutung des Kampfes der Bergarbeiter und Erhebung eines obligatorischen Extrabeitrages zu Gunsten derselben.

Allen Beschlüssen auf Erhebung von Extrabeiträgen zu diesem Zwecke erteilt der Vorstand von vornherein die statutarische Zustimmung.

Kollegen! Noch nie habt Ihr gefehlt, wenn es galt, für die allgemeine Arbeiterfrage Opfer zu bringen. Auch diesmal rechnen wir auf Eure Solidarität, auch diesmal zählen wir umso mehr auf Eure Opferfreudigkeit, weil wir hier mit den Bergarbeitern gegen einen gemeinsamen Gegner kämpfen.

Kollegen! Ernst ist die Situation! Was heute den Bergarbeitern zustoßt, kann morgen über uns kommen, darum auf und stellt Euch in den Dienst der allgemeinen Sache! Nicht nur aber beschränkt Euch auf diese Solidaritätsbezeugung, sondern benutze auch die Gelegenheit zur Auffklärung; werde allenthalben neue Kämpfer für den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Mit kollegialem Gruß  
Stuttgart, den 14. Januar 1905.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Etwaige Geldsendungen sind an L. H. Werner, Stuttgart, Adreßstr. 16b zu richten.

Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Berlin und Umgegend.

Die Holzarbeiter werden voraussichtlich am Dienstag die Arbeit aufnehmen. Am Montag findet noch einmal eine Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten statt, um den Beteiligten die erforderlichen Informationen über eine dem Verträge entsprechende Aufnahme der Arbeit zu erteilen. In den Betrieben, wo noch Differenzen bestanden, sind dieselben meistens geregelt, so bei Großschiff und Kamm, wo die Forderungen der Arbeiter nunmehr bewilligt sind.

Die Stellungnahme zum Verbandstag des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands stand auf der Tagesordnung einer außer-

ordentlichen Generalversammlung aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zählstellen und Sektionen des Verbandes, welche am 13. Januar bei Heller, Koppensstraße, stattfand. Die Funktionäre (Vertreter) haben sich dahin geeinigt, daß nach Wahl-Abteilung gewährt werden soll. Damit soll bei dem ausgebehaltenen Apparat der Zählstellen und Sektionen diesen entgegen gekommen werden. Die Maurer-Zählstelle Berlin als 1. Abteilung wählt acht Delegierte, die Zählstelle Charlottenburg als 2. Abteilung einen Delegierten, die Zählstellen Rixdorf und Wilmersdorf als 3. Abteilung einen Delegierten, die Zählstellen Schmargendorf, Friedenau, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zehlendorf, Marienfelde und Mariendorf als 4. Abteilung einen Delegierten, die Zählstellen Friedrichsberg, Weißensee, Panitzsch, Tempelhof, Johannisthal, Ober-Schöne-weide, Friedrichsfelde, Reinickendorf und Zehlendorf als 5. Abteilung einen Delegierten. Die Sektion der Ruper bildet eine Wahl-Abteilung für sich und wählt drei Delegierte. Die Sektion der Gips- und Zementindustrie wählt ebenfalls als besondere Wahl-Abteilung drei Delegierte. Für die Zahl der Delegierten, die in den verschiedenen Abteilungen zu wählen sind, ist die Zahl ihrer Mitglieder maßgebend. Die Wahl soll am 20. Januar stattfinden. Alle Wahl-Abteilungen müssen deshalb an diesem Tage Versammlungen abhalten, denn reglementsmäßig müssen die Delegiertenwahlen an einem Tage vorgenommen werden. — Die allgemeine Zweigvereins-Versammlung hatte sich nun zu den von den Abteilungen bereits als Kandidaten aufgestellten Kollegen zu äußern. Ein Einwand wurde nur gegen den in der 4. Abteilung aufgestellten Kandidaten Preger erhoben, weil er gesagt haben soll, er sei im Verbandsrat nur noch wegen der Unterstützung. Die Kandidaten sind: In der 1. Abteilung Franz Leonhardt, Fritz Kabe, Fritz Goldbach, Otto Hanke, Emil Thöns, Hermann Silberschmidt, Wilhelm Schulz, Wilhelm Kersten, Fritz Kulak, Franz Jahnke, Georg Wolf, Reinhold Hasse und Karl Siegemann; in der 2. Abteilung Georg Borlich, Wilhelm Wendorf, Hermann Reubauer, Ernst Kurnaske; in der 3. Abteilung Albert Schulze und August Wittig; in der 4. Abteilung Otto Preger und Hermann Stof; in der 5. Abteilung Fried. Kriege, Karl Böcker, Oskar Thura und Krause; in der Sektion der Ruper Neumann, Kelpin, Vogel und Lemphul; in der Sektion der Gips- und Zementindustrie Paul Sähne, Rudolf Grundmann, R. Frisch und Wilhelm Lamm.

In das Wahlkomitee wurden Wulf, Förster, Lehning, Kracht, Weier, Franke und Franzlat gewählt. Dann verhandelte man über die Anträge zum Verbandstag. Es wurden verschiedene Anträge auf Statutenänderung angenommen, die dem Verbandstag unterbreitet werden sollen. Unter anderem werden dadurch folgende Bestimmungen verlangt: „Mitglieder, welche sich in Strafhaft befinden, zahlen einen Wochenbeitrag von 25 Pf.“ — Zu § 18d: „Solche Mitglieder, welche länger als 4 Wochen arbeitslos sind, sind nach Ablauf der vierten Woche vom Beitrag befreit.“ — Zu § 17: „Mitglieder des Verbandes dürfen anderen gewerkschaftlichen Berufsorganisationen nicht angehören. Verträge dagegen sind gleichbedeutend mit dem Austritt aus der Organisation.“ Dieser Antrag soll sich nur gegen diejenigen richten, die geneigt sind, aus eigenmächtigen Gründen die Organisation schnell zu wechseln. — § 31b soll eine andere Fassung insofern erhalten, als Beginn und Beendigung der Krankenunterstützung nicht an das Datum (1. März bis 30. November) gebunden sein soll, sondern an den Beginn und die Beendigung der Krankheitsdauer, für welche Beiträge gezahlt werden. Nach einem weiteren Beschluß sollen Invalidentner und Invalididentner, welche eine Rente beziehen, die die Höhe der Krankenunterstützung der Ortskrankenkasse erreicht, einen Beitrag von 25 Pf. zahlen. (Werbung des § 2e.) — Weiter erwartet die Versammlung vom Verbandstag, daß er Beratungen anstellt darüber, wie es möglich sei, die Akkordarbeit mehr als bisher zu bekämpfen. Und schließlich verlangt die Versammlung vom Verbandstag, er solle eine Form finden und protokolllarisch festlegen dafür, unter welchen Umständen die aus dem Verband ausgeschlossenen Kollegen den Pflichten der Solidarität und den Anforderungen der Organisation genügen können, um später wieder in den Verband Aufnahme zu finden.

Wistung, Plätterinnen! Eine Lohnreduzierung von 10 bis 40 Proz. ist den Plätterinnen der Firma Gotheim, Ellsabethstr. 22, angefündigt worden. Die Plätterinnen, welche fast sämtlich organisiert, lehnten bei einer Aussprache mit dem Chef die Lohnkürzung ab, dieselben gaben zu, daß die Preise für einzelne Sachen höher wie bei anderen Firmen sind, dafür aber die Wäsche bedeutend schwerer zu verarbeiten ist.

Eine Werkstubeinsicht, die von allen Kolleginnen, auch den Heim-arbeiterinnen besucht war, welche sich mit dieser Angelegenheit befaßte, wählte eine Kommission von drei Kolleginnen, welche dem Chef mitteilen soll, daß die Plätterinnen sich keinen Pfennig abziehen lassen, da sie sich bei den jetzigen Löhnen schon genug quälen müssen, um zu ihrem Geilde zu kommen.

Wenn aber Herr Gotheim, wie er sagte, nicht weiter bestehen kann, weil er nicht mehr konkurrenzfähig ist, er auch dann lieber die Fabrik zumachen will, wenn die jetzigen Preise weitergezahlt werden sollen, trotzdem aber die Fabrik von Jahr zu Jahr größer geworden ist bei den so kolossalen Preisen, so sehen diesem die Plätterinnen mit ruhigem Gemüthe entgegen, für sie ist dann in allen anderen Geschäften stets ein Weg frei, da tüchtige Plätterinnen alle Tage verlangt werden. Die Arbeiterinnen sind gewillt, unter den alten Bedingungen weiterzuarbeiten, es kommt also ganz auf den Chef an, ob er den Frieden erhalten will oder nicht. Die Plätterinnen kämpfen in diesem Falle um ihre Existenz, für sie steht ihre Lebensfrage auf dem Spiele.

Die Arbeiterinnen wollen für die bisher gezahlten Löhne lieber einen Kampf aufnehmen, anstatt sich von dem Unternehmertum ausbeuten zu lassen, sie wollen einen Streik vermeiden, wenn es jedoch nicht anders geht, so werden dieselben auch darüber nicht zurückschrecken, da erstens der Verband der Wäsche- und Strawattenarbeiter Deutschlands hinter ihnen steht, gleichzeitig die gesamte Arbeiter-schaft Deutschlands.

Am zu dieser ganzen Angelegenheit Stellung zu nehmen, findet am Montag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Schützenhaus, Linienstraße 5, eine öffentliche Versammlung statt. Wir bitten die Genossen und Genossinnen, für diese Versammlung zu agitieren. Die Ortsverwaltung. J. A.: Paul Keller.

#### Ausland.

Der Prozeß von Sbruil hat nun dazu geführt, daß noch fünf der Verhafteten entlassen wurden, sodas sich nur noch neun in Haft befinden. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Behörden in dieser Sache mit einem ganz unnötigen Heberceifer gegen die Streikenden vorgegangen sind, wozu sie allerdings durch die ungeheuerlichen Exzesse der arbeiterfeindlichen Presse angezogen wurden. Die Verurteilungshandlungen sind bis zum 20. Januar vertagt worden.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstag Wahlkreis Züllichau, Schwiebus, Kroßen, Zommerfeld. Dienstag, 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Großer, Dienstadtstr. 30, vom 1. Tr.: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des gesamten Vorstandes. 3. Wahl von Delegierten zur Kreis-Versammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. In dieser Versammlung werden die Mittel zum Rasterball ausgeben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Arbeiter-Samaritanerinnen. Montag abends 9 Uhr: Fortsetzung des Studiums in der Filiale Brunnenstr. 154: Vortrag über Ertrinken, Ertrinken, verschiedene Formen der Bewußtlosigkeit. Rauscher praktische Übungen, Wäsche willkommen. Neue Teilnehmer können jederzeit eintreten. Einschreibegeld sowie Monatsbeitrag je 25 Pf. Bibliothek steht zur Verfügung.

#### Bergarbeiter-Bewegung im Ruhrrevier.

Essen, 14. Januar. (W. L. V.) Am heutigen Tage betrug die Zahl der Ausständigen (Morgen- und Nachmittagsdienst)

zusammen 60 126. Verteilt auf 104 Zechen bezw. Schachtanlagen, gegen 65 858 von gestern. Zu den bereits im Ausstand befindlichen Zechen sind nachmittags neu hinzugekommen: „Mont Genis“ 1 angefahren 82 von 200 Mann unter Tage, 20 von 35 über Tage. „Carolus Magnus“ 116 von 159 unter Tage. „Bernie“ 7 von 376 unter Tage. „Deutschland, Schacht Eulenburg“, 32 von 217 unter Tage. „Konstantin der Große“ 3, 46 von 265 zusammen über und unter Tage. Wie gestern auf der Zeche „Matthias Stinnes“ in Carnap und Zeche „Concordia“, so kam es auch heute wieder dortselbst zu Streikentzungen zwischen Ausständigen und Gewerksdarmen. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, schritt die Gendarmrie mit blanker Waffe ein. Die Streikenden verbarrikadierten sich in den Häusern und warfen die Gewerksdarmen mit Steinen. Die Wirtshäuser wurden der Ruheförderung wegen geschlossen. Die Gendarmen halten die Hauptstraße besetzt.

Die Meldungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über die Bergarbeiter-Bewegung haben sich bisher sämtlich als falsch erwiesen.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Französische Deputiertenkammer.

Paris, 14. Januar. (W. L. V.) Im Hause, das dicht gefüllt ist, herrscht große Erregung.

In fortgesetzter Beratung der Interpellation über die Politik des Kabinetts greift Dejeante (Allemanischer Sozialist) die den bürgerlichen Parteien angehörenden Republikaner an. Ministerpräsident Combes erklärt: Die Regierung hat die Angeberei gemißbilligt, die im Jahre 1901 im Kriegsministerium eingerichtet wurde. (Widerspruch im Zentrum.) Redner kommt dann auf die Listen von Ehrenlegionsmitgliedern zu sprechen, die eine Verstrafung der Angeberei fordern, und sagt: Die meisten von diesen Protestierenden zählen zu den Oppositionsparteien, diesen Parteien, die einen Streichzug protegierten. (Beifall links.) Ich wundere mich, daß diese Proteste nicht diejenigen über politische Persönlichkeiten ausgestellt sind. (Widerspruch rechts.) Aber, was die Opposition will, ist eine Agitation im Heere zu unterhalten und einen Staatsstreich vorzubereiten. (Beif. Beifall links.) Redner geht dann zur Frage der Reformen über. Er erinnert an die Ausführung des Vereinsgesetzes und an die Verdrückung der Kongregationen, die sich, wie er sagt, des Nichterstandes und des Heeres bemächtigt hätten und über das Avancement der Offiziere verfügten. (Beifall links.)

Combes erinnert daran, welche Beleidigungen und Verleumdungen sein Kampf gegen die Kongregationen ihm eingetragen habe, und weist die Behauptung zurück, daß er Zwietracht unter die Republikaner gesät habe; er führt aus, seine Regierungsmethode sei auf ein tiefgehendes Einvernehmen zwischen den Gruppen der Republikaner und der Regierung gegründet gewesen. Redner fährt dann fort: Finanzielle Notwendigkeiten zwangen dazu, gewisse Ausschüsse in betreff der Schließung aller kongreganistischen Unterrichtsanstalten zu bewilligen. Solche Notwendigkeiten sind es auch, die die Schließung der Krankenpflege treibenden Kongregationen verhindern, aber wir haben einen Gesetzentwurf vorbereitet, wonach ihre Aufhebung im Verlauf von fünf Jahren erfolgen soll; er bedarf nur noch der Unterzeichnung des Finanzministers. (Bewegung.) Die Regierung trägt nicht die Schuld daran, wenn die Militärreform und die Einkommensteuer im Jahre 1904 nicht votiert worden sind. Die Interpellationen sind es, die die Arbeiten der Deputiertenkammer aufgehalten haben. Combes appelliert dann an die Mehrheit, im Jahre 1905 nach dem Budget die Einkommensteuer, das Militärgesetz, die Arbeiterpensionierung und schließlich die Entlastung der Straße zu votieren, und sagt weiter, die Regierung sei bei der letztgenannten Reform vortrefflich vom Papst unterstützt worden, der, jede Schicksalszeit vergessend und das Recht des Parlaments verlebend, es gewagt habe, das Verhalten des Präsidenten der Republik zu verurteilen. (Beifall links.)

Weiterhin geht Combes auseinander, in welchen Feinden die Kammer die von ihm aufgegriffenen Gesetzentwürfe werde erleben können und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine Mehrheit zur Votierung dieser Vorlage vorhanden sei. Redner schließt: Ich sehe mich einer Koalition ungebildiger Streikiger gegenüber, aber ich glaube, ein neues Ministerium wäre genötigt, sich auf die Rechte zu stützen. Die Kammer wird es aussprechen, ob sie den Vortwärtismarsch fortsetzen oder sich der Reaktion hingeben will. Was die Regierung betrifft, so hat sie stets im Interesse der Republik gehandelt. (Anhaltender Beifall links.)

Das dissentierende Radikale, w'rst dem Ministerpräsidenten vor, daß er die Angeberei beschütze und Kapellen, die im Widerspruch zum Konkordat ständen, in den Wahlkreisen seiner Freunde zulasse.

Raub, Republikaner, fragt, welche Maßnahmen die Regierung gegen General Reigne wegen seines Briefwechsels mit Badecart getroffen habe.

Combes erwidert, die Regierung habe über die Frage noch nicht beraten.

Ribot tadelt Combes, weil er sich hinter dem Präsidenten Lombet verberge. Jaurès wirft Ribot vor, daß er einen Skandal um eine Agitation entfessele, ohne ein politisches Programm zu haben. Im Saale erhebt sich jetzt, um 8 1/2 Uhr, ein solcher Sturm, daß Präsident Doumer die Sitzung unterbricht.

Paris, 14. Januar, 11 Uhr abends. Die Deputiertenkammer hat mit 291 gegen 277 Stimmen die von Combes vertorfene einfache Tagesordnung abgelehnt.

#### Selbstmord eines Herrenhausmitgliedes.

Rönlingsberg i. Br., 14. Januar. (W. L. V.) Das Mitglied des Herrenhauses, Graf zu Eulenburg aus Wallingen, hat sich heute auf dem Hofe des Fregels erschossen. Der Körper ist in den Blüten verschwunden. Nach einem später aufgefundenen Zettel ist die Tat auf Furcht vor geistiger Umnachtung zurückzuführen.

Hamburg, 14. Januar. (W. L. V.) Im Beherbergerhause, Alseckerstraße 17, entstand heute nachmittags Feuer, welches sich in kurzer Zeit auf die oberen Etagen dieses und des Nachbarhauses ausbreitete. Fünf Personen wurden durch das Sprungfeuer bezw. die Rettungseiler gerettet, zwei erlitten beim Herabspringen leichte Verletzungen; eine Person, welche vor Anbruch der Feuerweh in ihrer Angst aus der dritten Etage sprang, wurde schwer verletzt nach dem Krankenhause gebracht. Das Feuer wurde nach kurzer Zeit gelöscht.

Jena, 14. Januar. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Der Tod Abbes. Vom Rathaus und den Verstätten der Stiftungsbetriebe flattern die Trauerfahnen. Dienstag, nachmittags 3 Uhr, findet nach der Feuerbestattung Trauerfeier im Volkshause statt.

Budapest, 14. Januar. (W. L. V.) Die Ortschaft Suetto im Cedenburger Komitat ist zum größten Teil niedergebrannt. Das Feuer wurde durch orkanartigen Sturm gelöscht.

#### Der Attentäter gegen das Denkmal Friedrichs des Großen ergreifen.

Philadelphien, 14. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Es bestätigt sich, daß die Person, welche heute verhaftet wurde, den Anschlag auf das Denkmal Friedrichs des Großen verübt habe. Sie wurde von drei Leuten aus Washington identifiziert. Die Verhaftung war wegen verfrühter Verhaftung erfolgt. Der Verhaftete trug eine Höllemaschine (?) bei sich.

Reichstag.

118. Sitzung vom Sonnabend, den 14. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, später Lieberding.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Kuer u. Gen. (Soz.) über

den Vergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann der Herr Reichszentralrat die Interpellation beantworten wolle, erklärt

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichszentralrat ist bereit, die Interpellation insoweit zu beantworten, als sie sich auf die Anwendung von Reichsgesetzen bezieht. Die Beantwortung wird erfolgen durch den preussischen Bundesratsbevollmächtigten, den preussischen Handelsminister Müller. Der Minister Müller ist aber heute an das Abgeordnetenhaus durch die dortigen Verhandlungen gebunden. (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten). Er kann daher erst in den nächsten Tagen die Interpellation im Reichstage beantworten. Ich werde mir erlauben, dem Herrn Präsidenten mitzuteilen, an welchem Tage das der Fall sein wird.

Präsident Graf Kellermann: Sobald mir diese Mitteilung zugeht, werde ich die Besprechung der Interpellation auf die Tagesordnung setzen.

Damit ist dieser Gegenstand für heute erledigt. Die zweite Lesung des Justizgesetzes wird beim Titel: Gehalt des Staatssekretärs fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Herren vom Zentrum befreiten es, daß sie im Landtage anders auftraten, als wie im Reichstage. Ihre Stellungnahme zu dem Gesetz gegen die ländlichen Arbeiter hat das aber bewiesen. Das Gesetz gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter ist im preussischen Abgeordnetenhaus in der Kommission allerdings gegen sieben Stimmen abgelehnt worden; im Plenum brauchen nur einige Herren vom Zentrum zu fehlen und es wird doch angenommen. Auch kommt es gar nicht allein darauf an, daß man gegen ein Gesetz stimmt, welches zum Schaden der ländlichen Arbeiter gemacht wird, sondern es kommt darauf an, daß man positiv mit uns für Arbeiterschutz-Gesetze, auch für die ländlichen Arbeiter, sorgt. — Es gibt hunderte von Fällen, die beweisen, daß wir mitten in der Klassenjustiz drin sind. Wenn der Abgeordnete Leuzmann das nicht sieht, so liegt das eben daran, daß seine Sehkräft für diese Fälle nicht geschärft ist. Wertwändig war die Stellungnahme des Abg. Leuzmann zum Fall Hässener. Die bekannte Photographie war zuerst in der „Rheinischen Zeitung“ erschienen, und die Sache hat sich nachher nach jeder Richtung hin befähigt. Auch der Abgeordnete Leuzmann mußte ja zugeben, daß alles Wesentliche richtig wäre. Er wartete aber dann trotzdem mit einigen Bemerkungen auf, wie ich sie von einem freisinnigen Abgeordneten nicht erwartet hätte. Auch verstehe ich nicht, wie er in dieser Weise gegen einen Wehrlosen, nämlich gegen den Grafen Pädler, hier sprechen konnte. Für die Sozialdemokraten ist es immer Prinzip gewesen, hier, an dieser Stelle, nicht gegen einen Wehrlosen zu sprechen. Im Falle Pädler ist für uns das Interessante, daß ein solcher Mann jahrgelung als Amtsvorsteher unter dem Beifall seiner Standesgenossen amtierten konnte. Man tut ihm durchaus Unrecht, wenn man von ihm behauptet, daß er im Interesse seiner Standesgenossen handelte. Graf Pädler war durchaus immer in der Gesellschaft, in der er sich wohl fühlte und wohl fühlen konnte.

Graf Pädler ist in Gerichtsurteilen als „vornehmer Aristokrat“, als „sehr religiöser Mensch“ bezeichnet worden. Braucht man sich da zu wundern, wenn er so vorgegangen ist? Jetzt ihn zu attackieren, wo er im Gefängnis sitzt, widerspricht mir. Wer angegriffen werden muß, sind die Behörden wegen ihrer eigenartigen Anwendung des Vereinsgesetzes. Den Anarchisten, den polnisch sprechenden Arbeitern sind im Widerspruch zum Vereinsgesetz Versammlungen verboten worden. Wer Lust an solchen Späßen fand, ging in die Pädler-Versammlungen, und wenn wirklich Leute darunter waren, die sich durch die Pädler-Reden zu Gewalttätigkeiten provozieren ließen, so würde das nur beweisen, wie tief ihr Bildungsniveau sein muß. Dafür gehört aber nicht Graf Pädler auf die Anklagebank, sondern die bürgerlichen Parteien (Rechts und im Zentrum), die wenig oder nichts für die Bildung des Volkes, besonders auf dem platten Lande, tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gleichzeitig zeigt der Fall Pädler, welche Höhe des Geistes ein Amtsvorsteher erreichen kann.

Herr Koych gab gestern zu, daß das Gesetz über die Entschädigung unschuldig Verhafteter zwei Klassen von Freigesprochenen schafft, nämlich die endgültig Freigesprochenen und diejenigen Freigesprochenen, an denen noch etwas haften bleibt, weil ihnen die Entschädigung verweigert wird. Herr Koych sieht jetzt ein, daß es besser gewesen wäre, wenn man gegen dieses Entschädigungsgesetz gestimmt hätte. Diese Erkenntnis kommt ihm etwas spät. Meine Fraktion hat von vornherein gegen das Gesetz gestimmt, weil sie der Ansicht war: Lieber gar kein Gesetz, als ein derartig mangelhaftes Gesetz. Ich fürchte, wir werden jetzt lange auf eine Reform dieses Gesetzes warten können.

Herr Vurlage hat scherzhaft behauptet, ich sei nicht berufen, über odenburgische Angelegenheiten zu sprechen, weil ich nicht einmal wisse, ob Odenburg ein Fürstentum, ein Herzogtum, oder ein Großherzogtum sei. Ich habe Odenburg nur das Reich des Herrn Ruffstrat genannt. Jedenfalls ist es kein Reich der Gerechtigkeit, sondern der Ungerechtigkeit. Herr Leuzmann, der ständig übertritt und sich dabei auch noch die Uebertreibungen anderer aneignet (Heiterkeit), hat behauptet, ich hätte gesagt, die odenburgischen Richter seien Gallunken. Wie soll ich dazu kommen? In meiner Rede steht kein Wort davon. Richter sind Richter; weshalb soll ich sie anders nennen. Herr Vurlage läßt mich sagen, sämtliche Richter Odenburgs seien nicht imstande, objektiv zu urteilen. Ich habe nur gesagt: in dieser Angelegenheit sind sie nicht imstande, objektiv zu urteilen. Und hierfür ist Herr Vurlage selber der beste Beweis. Herr Vurlage erklärt, der odenburgische Richterstand stehe zu hoch, um durch Anwürfe, wie sie der „Residenzboten“ erhoben, beleidigt zu werden. Aber wenn das Blatt solche Angriffe gegen die odenburgischen Richter erhoben hat, sind sie doch aber Partei in der Sache.

Es steht auf jeden Fall in der Reichs-Strasprozeßordnung, daß Richter, die selbst Partei sind, nicht als Richter fungieren können. Haben nun, wie doch angenommen wird, die Angeklagten den gesamten Odenburger Richterstand beleidigt, so sind die Richter entschieden Partei gewesen. In der alten Odenburger Gerichtsordnung steht, niemand solle richten, der den Angeklagten feindlich gesinnt ist. Nun, die Angriffe, die der Abgeordnete Vurlage hier gegen den Odenburger „Residenzboten“ gerichtet hat, zeigen, daß es jedenfalls nicht Freundschaft ist, die ihn mit den Angeklagten verbindet. (Heiterkeit.) Also selbst dieser nach seinen eigenen Worten so objektiv urteilende Richter zeigte sich in dieser Sache befangen. (Heiterkeit.) Der Abg. Vurlage hat gesagt, wenn unsere Auffassung richtig sei, brauche man ja nur den ganzen Richterstand zu beleidigen, um dann überhaupt keinen Richter zu finden. Das ist insofern ganz richtig, als überhaupt die Kollektivbeleidigungen ein Nonens sind. Ursprünglich stand auch das Reichsgericht auf diesem Standpunkte, z. B. als es sich um eine Beleidigung des ganzen Judentums handelte. Da lehnte es den Tatbestand der Beleidigung ab, weil man nur einzelne Personen beleidigen könne. Das Reichsgericht ist von dieser vernünftigen Auffassung erst abgegangen, als die erste Kollektivbeleidigung gegen Offiziere vor sein Forum kam. Dann wurde die neue Auffassung auf die Beleidigung gegen den Richterstand übertragen. Aber die Sache liegt ja so, daß durch jede abweichende Kritik sich Leute getroffen fühlen. Es kann streng genommen, heute zum Beispiel niemand mehr über die

sündigen Menschen schelten, da sich sonst jedermann beleidigt fühlen kann, der nicht frei von Sünden ist.

Der Abg. Vurlage behauptet, die Erregung über den Prozeß wäre in Odenburg nicht vorhanden. Er kennt also offenbar nur die Stimmung in den Kreisen der Richter, die natürlich sehr befriedigt über das Urteil sind. Aber die Stimmung in der Bevölkerung kennt er ganz offenbar nicht.

Eine große Volksversammlung in Wank hat eine Resolution angenommen, in der es hieß: daß das Vertrauen zu dem odenburgischen Strafrecht durch die Vorgänge der letzten Zeit schwer erschüttert sei. Der Strafvollzug gegenüber dem Redakteur Schwejnert widerspreche dem Gesetze und man erwarte von dem neu zu erwählenden Landtage, daß er den Minister Ruffstrat zum Rücktritt zwingen werde. — Herr Vurlage hat sich aufgehalten über den „Residenzboten“, er behauptete, daß in ihm aller Schmutz aus dem „Simplizissimus“ und ähnlichen Blättern abgelagert werde. Das zeigt, wie nahe die Gefahr liegt, daß ein Redakteur von den Richtern nicht wegen der von ihm begangenen Tat, sondern nach seiner politischen Gesinnung beurteilt wird. Diese Klassenjustiz hat sich in Odenburg deutlich offenbart. Es sieht durch die Aussage des Ministers Ruffstrat fest, daß er gepostet hat, und weder er noch die Odenburger Richter haben zugeben wollen, daß Polern ein Glücksspiel ist, obwohl schon eine ganze Anzahl Odenburger Einwohner auf Grund der Annahme, daß Polern ein Glücksspiel ist, verurteilt sind. Leute übrigens, die sich durch Wig und Karikatur getroffen fühlen, sind die wenigsten objektiven Richter, denn sie zeigen, daß die Karikatur getroffen hat. Die Karikatur hat dann ihren Zweck erreicht, wenn sie den Betroffenen zur Selbsterkenntnis und — Befinnung bringt.

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß der „Simplizissimus“ dem Reichs-Justizamt nicht untersteht (Heiterkeit) und daß der Justizsekretär nicht aufgefördert werden kann, für einen besseren Inhalt des „Simplizissimus“ zu sorgen. (Große Heiterkeit.) Sollte der Abg. Vurlage auf eine strafrechtliche Verfolgung des „Simplizissimus“ haben hinweisen wollen, so würde ich das im Interesse der Pressefreiheit und Kulturentwicklung bedauern. Will aber Herr Vurlage nur den Schmutz bekämpfen, so sollte er lieber darauf achten, daß die „Germania“ und die ihm nahestehende Provinzpresse nicht ständig von der Wahrheit abweicht, um einzelne meiner Freunde und mich mit Schmutz zu bewerfen. Ich freue mich allerdings nur über die Verleumdungen der Gegner, denn ich sehe daraus, daß meine Gegner noch tiefer stehen, als ich je angenommen habe. (Heiterkeit.) Enttäuscht sich aber Herr Vurlage über solchen Schmutz, so mag er vor der eigenen Tür lehren, den Augiasstall seiner eigenen Partei säubern.

Nun zu Frau Biermann. Niemand, auch der Abg. Vurlage nicht, hat etwas vordringen können, was sie in unserer Richtung herabsetzen könnte. Man kann ihr doch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie glaubt, ihr Mann habe recht. Sie sieht nun ihren Mann im Gefängnis einer ungeseligen Tortur unterworfen, wird zu ihrem Mann nicht zugelassen, darf nur selten und nur durchs Gitter mit ihm sprechen. Hilfflehend bittet sie den Minister um Milde. Der empfängt sie mit den Worten: „Ihr Mann ist nicht mehr wert, wie der Rot an meinen Stiefeln.“ Es nimmt mich wirklich wunder, daß man solche Liebenswürdigkeiten hier noch verteidigt. Die einzige Behr der Frau gegen diese Beleidigung ist das Wort: „Herr Minister, Sie sprechen von meinem Mann!“ Dieser Hinweis der Mutter, der Gattin hätte jedem ehrenhaften Manne genügen müssen; der Minister aber erklärte ihr: „Ihr Mann ist ein Lump!“ (Lebhafte Zurufe links: Phil! Gemeinheit!) Dagegen war die Frau allerdings wehrlos, sie hatte keine Hundepelleiße bei sich — ich hätte bedauert, aber vorhanden, wenn sie sie gebraucht hätte. (Große Unruhe rechts, Bravo! links.) Was hätte die Frau tun sollen? Hätte sie ihm ins Gesicht speien oder ihn etwa nach Ihren Verheerungen (nach rechts) fordern lassen sollen? Jedenfalls war es ehelos, einer Frau, einer Gattin gegenüber so zu handeln, wie der Justizminister getan hat.

Herr Vurlage führte weiter aus, Biermann habe wegen seiner ehelichen Gesinnung bei der Beleidigung eine strenge Strafe verdient. Gut! Aber warum ist wegen dieser ehelichen Beleidigung, die der Justizminister beging, auf die minimale Geldstrafe erkannt worden? Warum lernte nicht der Herr Justizminister wegen dieser ehelichen Handlung Korbschrecken. (Heiterkeit.) Aber freilich beim Strafvollzug gegen ihn wäre wohl gleichmäßig verfahren werden. — Herr Vurlage wollte deshalb nicht Frau Biermann als wehrlos gelten lassen, weil sie ja den „Residenzboten“ zu ihrer Verfügung gehabt hätte. Welch ein Widerspruch! Erst bellag sich Herr Vurlage über den Schmutz, der im „Residenzboten“ angehäuft wird, und dann will er, daß Frau Biermann ihn dort zusammenlehre und aufstiehe. (Heiterkeit.) Der Justizminister handelte ehelos, als er sich gegenüber dieser Frau zu Beleidigungen hinreissen ließ. Und dann noch der Hohn des Herrn Vurlage, sie sei nicht wehrlos. Ist das nicht ehelos? Entspricht das der Hochachtung, die man der Frau entgegenbringen soll? Herr Vurlage verweist auf den unparteiischen Prozeßbericht in Nummer 1 der „Juristen-Zeitung“, dort ist das Prozeßurteil veröffentlicht. Wie so oft bei Beleidigungsprozessen steht nicht alles drin, sondern nur das womit die Richter ihr Urteil begründen wollten. Deshalb ist die Spielbarkeit des Justizministers nicht in vollem Umfang gewürdigt worden. Wenn es also im Urteil heißt: das Polern ist nach Ansicht des Gerichts kein Glücksspiel. Ob jedoch Polern, wenn um solche Beträge wie hier gespielt wird, ein Glücksspiel ist, kann dahin gestellt bleiben, weil die Art des Spieles jedenfalls keine Unterlage für die Behauptung des Angeklagten bietet, so ist damit anerkannt, daß der Minister um sehr hohe Beträge gepostet hat, und nur festzustellen unterlassen, daß die „Art des Spielbetriebes“ derart war, daß Rächte und Lüge hindurch gepostet wurde.

Der odenburgische Bundesratsbevollmächtigte glaubte hier feststellen zu müssen, Herr Ruffstrat hätte in jedem Prozeß einen äußeren Erfolg erzielt. Einen äußeren Erfolg konnte der odenburgische Justizminister erringen, weil die Gerichtsverhandlung in Odenburg stattfand. Innerlich ist der Justizminister schlimmer verurteilt als die Angeklagten mit ihren zehn und zwölf Monaten Gefängnis. Diese Beurteilung über den äußeren Erfolg bestätigt übrigens meine Anschauung, daß es sich bei den Herren um Ruffstrat nicht um Recht, sondern um Rache handelte.

Herr Vurlage charakterisierte den „Residenzboten“ als schmutziges Organ für Privatklatsch. Ist es das, so soll er von uns nicht verteidigt werden. Wir sind es nicht, die es lieben, Privatklatsch in der Öffentlichkeit breitzutreten. Das tun die konservativen Blätter — ihre Mitarbeiter Lindenber, Ohm und Gddschke will ich nur erwähnen — und noch jetzt die „Post“. Herr Biermann soll ehelos sein, weil er anderen Leuten die Ehre abgeschnitten hat. Ueber den Begriff der „Ehre“ werden wir uns ja nicht verständigen können; weil ich eine andere, höhere Auffassung von ihr habe als Herr Vurlage. Ich glaube, daß die Ehre, die jemand in sich hat, ihm nicht abgeschnitten werden kann. Aber wenn Herr Vurlage die grundlose Schraufmeiung durch Biermann so streng verurteilt, warum beurteilt er nicht ebenso die Verleumdung des Verteidigers Dr. Sprenger durch Ruffstrat? Sie wurde mitten in der Verhandlung vorgebracht, um so die Richter gegen den Verteidiger und den Angeklagten einzunehmen, und sofort auf der Stelle als gänzlich grundlos erwiesen. Ich übergebe alle anderen zahlreichen Beleidigungen und Beschuldigungen, denen die Verteidigung sonst noch im jüngsten Ruffstrat-Prozeß ausgesetzt war. Ich möchte zum Schluß nur noch die Frage an den Herrn Reichszentralrat richten, was er zu tun gedenkt, um in den von mir angeführten Fällen Abhilfe zu schaffen. Was gedenkt er ferner zu tun, um auf dem Gebiete des Koalitions-

rechts die Uebergriffe gegen die Arbeiter zu verhindern. — Herr Abgeordneter Leuzmann, wo liegt in den von mir angegebenen Fällen die Uebertreibung, die Sie uns vortarfen? Und wo blieb Ihre Kritik? Aber in diesen Fällen, da haben Sie nichts gesehen, da hatten Sie keine Ahnen! — Was gedenkt der Herr Reichszentralrat ferner zu tun, damit Beamte, die ein Verbrechen begehen, auch für ihre Verbrechen auf die Anklagebank kommen? (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Lieberding: Der Herr Vordredner hat hier die schärfsten Vorwürfe gegen einige Strafankstalten gerichtet. Er hat in erster Linie dabei von Odenburg gesprochen, hat aber wohl auch andere Anstalten gemeint, da er sonst nicht in dieser Form die Anfrage an den Herrn Reichszentralrat gerichtet hätte. Der Herr Reichszentralrat hat bereits vor Weihnachten, als einige solche Vorwürfe durch die Presse gingen, eine Anfrage an die großherzoglich odenburgische Regierung gehen lassen. Ich habe erst gestern die Antwort der Regierung gelesen und bin zu der Erklärung berechtigt und verpflichtet, daß in dem Strafvollzuge nichts geschähen ist, was sich nicht vereinigen ließe mit dem Inhalte des Strafgesetzbuches. Wenn in der Presse etwas anderes behauptet wurde, so beruht das auf Unwahrheit oder auf Uebertreibung. Wenn in anderen Anstalten etwas Gesetzwidriges vorgekommen sein sollte, so kann ich den Abg. Stadthagen nur bitten, in jedem einzelnen Fall eine Mitteilung an den Herrn Reichszentralrat ergehen zu lassen. Dieser wird dann das Seine tun, um die Sache in Ordnung zu bringen. Jede Willkür und ungleichmäßige Behandlung in dieser Beziehung verurteilt der Herr Reichszentralrat aufs schärfste.

Abg. Vargmann (f. P.): Ich bin meinem Freunde Leuzmann dankbar dafür, daß er mir einen Teil meiner Aufgabe in seiner vorzüglichen Rede vorweggenommen hat. Ich werde diesen Teil nicht wiederholen, weil sonst der Reichstag zu viel Odenburgisches zu hören bekommen würde. (Sehr richtig! rechts.) Ganz auf das Wort verzichten kann ich aber nicht, da von mir als Vertreter des ersten odenburgischen Kreises erwartet wird, daß ich mein Urteil über den Prozeß hier ausspreche. Nach meiner Meinung ist es ausgeschlossen, daß irgend einer der odenburgischen Richter sich von anderen Motiven hat leiten lassen, als von denen seiner Pflicht. Trotzdem bin ich mit dem Abg. Leuzmann darin einverstanden, daß es besser gewesen wäre, die Sache von vornherein, einem nicht-odenburgischen Gericht zu überweisen, schon um den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden. Ich will zunächst auf eine Mitteilung aufmerksam machen, die hier bereits gemacht worden ist, die nämlich, daß entgegen der Auffassung des Landgerichtes andere odenburgische Gerichte, nämlich Schöffengerichte, auf Grund des Polerspiels zu Beurteilungen gekommen sind. Es ist dringend zu wünschen, daß das Reichsgericht eine klare Entscheidung darüber gibt, ob Polerspiel ein Glücksspiel sei oder nicht. — Ich will nun auf den Strafvollzug eingehen. Nachdem der Bundesrat die vorjährige Resolution des Reichstages, wonach allen Befangenen die Selbstbefähigung und Selbstbeschäftigung gewahrt werden sollte, soweit nicht eine eheliche Gesinnung zugrunde liegt, abgelehnt hat, Schwejnert gibt reichlich dazu Veranlassung. Dieser Redakteur ist durch Arbeitszwang und mangelhafte Nahrung nach den Zeitungsberichten während des Prozesses körperlich und geistig so herunter gewesen, daß er der Verhandlung nicht folgen konnte. Ich will auch aus der kalten Wohnstube seine Staatsaktion machen, aber es ist doch eine Rücksichtslosigkeit sonderbarsten, einem Befangenen, der ohne sein Zutun das Mittageessen verfaulen mußte, die Mahlzeit ungenügend nachher zu geben. Mit den Vereinbarungen der Bundesstaaten stand das Verfahren gegen Schwejnert jedenfalls nicht im Einklang. Denn danach soll auf den Bildungsgrad und Beruf des Befangenen Rücksicht genommen werden. Es muß dafür aber Sorge getragen werden, daß die aufgestellten Grundsätze nicht durch die Gefängnisverwaltungen illusorisch gemacht werden. (Beifall links.)

Abg. Vurlage (J.): In bezug auf den Strafvollzug stehe ich ganz auf dem Standpunkt der Resolution Gröber. — Es ist mir nicht eingefallen, die Verhältnisse in Odenburg rosig zu schildern, ich habe nur Tatsachen berichtet. Gänzlich fehlt der Vorwurf, daß die Richter im Prozeß Ruffstrat als Untergebene des Ministers sich nicht als befangen erklärt hätten. Wenn sie sich nicht für befangen hielten, hätten sie ihre Pflicht verlegt, wenn sie sich doch für befangen erklärten. Herr Leuzmann sagte, das Gericht hätte sich betragen müssen, nachdem die Verteidiger ihr Amt niedergelegt hatten. Die Sache lag aber so, daß bei dieser Niederlegung die Verhandlung bereits beendet war, es lag also kein Grund zur Verurteilung vor. — Ich habe den Simplizissimus nicht für ein unsittliches und schmutziges Blatt erklärt, sondern ich habe gesagt, daß sich im Simplizissimus auch Schmutz findet, und das hat mir Herr v. Gerlach selbst bestätigt. Herr Stadthagen hat bestritten, über die Richter in Odenburg allgemein abschällig geurteilt zu haben. Er hat aber wirklich gesagt, das Verfahren habe erwiesen, daß die Richter nicht das Recht suchten, sondern ihre Rache für die Kränkungen, die auch sie trafen, kühlten wollten. Wenn Herr Stadthagen ferner auf eine Resolution einer Volksversammlung zum Beweise hinwies, daß ich die Stimmung der odenburgischen Bevölkerung nicht kenne, so beweist eine kleine sozialdemokratische Versammlung noch nichts für die Stimmung des Volkes. Aus Odenburg ist kein sozialdemokratischer Vertreter im Reichstag und im Landtage sitzen 4 Sozialdemokraten unter 40 Abgeordneten. — Herr Stadthagen hat wieder behauptet, Minister Ruffstrat habe zur Frau Redakteur Biermann gesagt, er achte ihren Mann noch nicht so wie den Rot an seinen Stiefeln; Minister Ruffstrat selbst aber hat öffentlich festgestellt, er habe gesagt: die Beleidigungen, die gegen ihn gerichtet seien, achte er nicht mehr als den Rot an seinen Stiefeln. (Sehr! hört! im Zentrum.) Ich glaube also, daß man ruhig sagen kann, die Frau war nicht wehrlos. Ich bin im übrigen der Ansicht, daß der odenburgische Prozeß nunmehr schon einen genügenden Teil unserer Verhandlungen in Anspruch genommen hat. (Sehr richtig! rechts. Beifall im Zentrum.)

Abg. Schrader (f. P.): Den letzten Worten des Herrn Vordredners schließe ich mich ganz an. Der Herr Staatssekretär hat sich darüber gewundert, daß ihm vorgeworfen wurde, daß so viele Entwürfe noch unerledigt seien. Aber unsere Wünsche z. B. über eine Änderung des Strafvollzuges sind schon so alt, daß es wirklich Zeit wäre, eine neue Vorlage darüber auszuarbeiten. — Ich will nun ein paar Worte über den § 108 sprechen. Wir wollen durchaus keine Schimpffreiheit. Unsere Gesetzbestimmungen geben uns aber keinen Anhalt darüber, was unangreifbar sein soll. Vielmehr ist das eine rein religiöse Frage. Ueber diese aber gehen die Meinungen sehr auseinander. Es sind Beurteilungen erfolgt wegen Verleumdungen aller möglichen Dinge, z. B. wegen Angriffe gegen den Klingelbeutel. Dabei hat neulich eine Gemeinde die Abschaffung des Klingelbeutels als etwas Unwürdiges beschlossen. Sie sehen also, wie verschieden die Auffassungen sind. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe daher, die Reichsjustizverwaltung wird die Frage eingehend prüfen und dazu gelangen, eine Vorlage über die Abschaffung oder Abänderung dieses Paragraphen auszuarbeiten. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Dr. Lieberding: Ich werde die Debatte nicht mehr verlängern. Aber einige Worte des Herrn Vordredners mögen mich, etwas darauf zu erwidern. Der Herr Vordredner hat uns nämlich Tatsachenlosigkeit vorgeworfen. Das läßt sich leicht sagen, ohne daß man es beweisen brauchte. Der Vorwurf der Tatsachenlosigkeit gehört zu jenen parlamentarischen Bemerkungen, auf die sich schwer etwas erwidern läßt, und von denen doch immer etwas haften bleibt. Ich

Bitte deshalb, mir zu sagen, worauf sich denn der Vorwurf der Unlauterkeit bezieht. (Zuruf bei den Freisinnigen: Strafvollzug!) Strafvollzug, ja; wenn wir etwas nicht tun, was die Herren wollen, dann sind wir unauterlich. (Zuruf bei den Soz.: Nichts ist geschehen.) Wir haben doch eine ganze Reihe großer Vorlagen fertig gestellt. Wir sind weiter beschäftigt mit einer Zivilprozess-Ordnung, ich habe Ihnen erklärt, daß wir eine Strafprozess-Ordnung vorbereiten, was wollen Sie also? Ueber die angeregte religiöse Frage kann ich Ihnen allerdings keine Vorlage versprechen. (Weisfall im Zentrum.) So, wie die Zusammenfassung des Hauses ist, würde eine solche Vorlage ja doch keinen Erfolg haben. Und wir arbeiten im Justizamt nur solche Entwürfe aus, von denen die Hoffnung besteht, daß sie hier auch angenommen werden. (Weisfall rechts.)

Abg. Schrader (Freis. Vgg.): Der Herr Staatssekretär hat mich wohl etwas mißverstanden: Von den großen Gesetzesvorlagen der Vergangenheit und der Zukunft habe ich nicht gesprochen. Ich habe die Beschlüsse gemeint, die von der Reichsjustizverwaltung nicht erledigt werden. Ich bin gern bereit, anzuerkennen, daß für die großen Vorlagen viel geschieht, und ich hatte selbst die Ehre, in der vorigen Session dabei mitzuwirken. Aber ich tadle es, daß man immer nur große Revisionen vornimmt und es unterläßt, Schäden, die sich an einzelnen bestehenden Gesetzen herausstellen, gleich zu beseitigen. (Weisfall bei der Freis. Vgg.)

Abg. Dr. Stodmann (Apt.): Herr Jessen hat sich gestern darüber beklagt, daß er und andere dänische Führer von den deutschen Blättern beleidigt werden. Aber alle diese Fälle schweben noch vor dem Strafgericht und ich habe zu unseren Richtern alles Vertrauen. Ich will nur einige Fälle anführen, aus denen hervorgeht, daß auch der Abg. Jessen nicht das unschuldige Lamm ist, als das er sich hingestellt hat. In seinem Blatte werden die deutschen Patrioten als Spießelieder, Sklaven und Sklavenjäger, ihre Feste als Mittelstellung zwischen Juchhaus und Tanzboden bezeichnet. Von einem Bismarckfeste ist nach einer Uebersetzung, die mir zu Gebote steht (Zuruf bei den Soz.: Wohl vom Generalkonsul! Große Heiterkeit.), in dem Blatte zu lesen: Und so verrichten sie denn vor der Affenstraße, die mit Hülsen internationaler Aruppischer Millionen gefüllt worden ist, ihren Högdendienst und feiern ihre Baalsfeste. (Hört! hört! rechts.) Dafür ist Herr Simonson, der Unterredakteur des Herrn Jessen, der jahrelang aus der Herzog-Friedrich-Stiftung zur Förderung des Deutschstums Stipendien bezog, allerdings vom Gericht bestraft worden.

Abg. Jessen (Däne): Ich fürchte schon, als Herr Stodmann das Wort ergriff, ich hätte mich mit meiner gestrigen Behauptung getäuscht, daß kein Abgeordneter das Reptilienblatt verteidigen würde. Ich freue mich, daß Herr Stodmann trotz der ausdrücklichen Aufforderung des deutschen Vereines, dem er angehört, nicht das Blatt verteidigt hat, das den Privatlatz an die Öffentlichkeit zerrt. Privatbriefe sich auf unlaute Weise verschafft und veröffentlicht, von der Regierung aber unterstützt wird. Der Vorwurf gegen den Redakteur Simonson ist ganz hinfällig. Weil ein junger Mensch einmal Stipendien bekommen hat, deshalb braucht er doch nicht gleich die Meinung der Nachhaber zu vertreten. (Sehr gut links.)

Abg. Bruhn (Antif.) führt Klage über absprechende Neuschreibungen, welche der Berliner Landgerichtsdirektor Oppermann gegenüber der Presse getan hat. Diese Neuschreibungen seien offenbar der Ausfluß eines überspannten Standesdünkels, wie man es häufig in Justiz- und Richterkreisen findet. — Herr Venzmann sagte gestern, er sei nicht dumm, nicht ordinär und nicht ungeachtet genug, um Antisemit zu sein. Ich möchte da an eine frühere Neuschreibung des Herrn Venzmann erinnern, wenn es ihm auch nicht angenehm ist. Der verstorbene Abg. König-Witten hat im Jahre 1894 hier im Reichstag eine antisemitische Neuschreibung des Herrn Venzmann angeführt und auf dessen Abstreitungsversuche bestimmt behauptet, Herr Venzmann habe zu ihm privatim gesagt: So'n bißchen Antisemit ist wohl jeder.

Abg. Prinz Schönau-Gerslath (natl.) bringt auf die sofortige Vorlegung eines Automobilhaftgesetzes, um der wachsenden Verunreinigung der Bevölkerung durch die Schmutzigkeit auf öffentlichen Straßen entgegenzutreten. (Weisfall.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ich gebe zu, daß die steigende Zahl der Automobilunfälle in der Bevölkerung eine gewisse Erregung herbeigeführt hat. In Preußen sind in den drei letzten Jahren 383 Automobilunfälle vorgekommen. Aber das Haftpflichtgesetz allein würde wenig nützen, weil gerade bei den schwereren Unglücksfällen die Schuldigen oft durchbrennen. Ich hoffe, daß unsere Erwägungen über die beste Form des Schutzes für das Publikum recht bald zum Abschluß gelangen.

Abg. Venzmann: Ich hätte erwartet, daß mich Herr Bruhn gründlicher schänten würde, als er es getan hat. (Heiterkeit.) Er hat Anecdoten erzählt von vor 10 und 11 Jahren. Es ist wahr, daß ich 1893 mit verheiratet habe, daß Herr Liebermann v. Sonnenberg meine Privatgespräche öffentlich macht. Der Abg. König, mit dem ich sie führte, hätte sie gewiß nicht gemißbraucht, aber Herr Liebermann v. Sonnenberg hätte zufällig einen Teil des Gespräches gehört. Ich hatte dem Abg. König die Anecdote erzählt, daß ein Herr in einem Seebade an mich herangekommen sei, und als ich ihm auf seine Frage befragte, daß ich der Abg. Venzmann sei, mich zu einem Stet aufgeföhrt hätte; da hätte ich ihm geantwortet: Ich spiele nur Gottes Segen bei Gohn. (Große Heiterkeit.) Und das andere Mal auch vor 11 Jahren in einem anderen Gespräch mit dem Abg. König erzählt ich diesem, ich hätte es abgelehnt, für Geld einen Vortrag für die Juden in Hagen zu halten, weil ich noch nie gegen Bezahlung einen politischen Vortrag gehalten hätte. Ob ich gesagt habe: ein bißchen ist jeder Antisemit, weiß ich nicht. (Lachen rechts.) Es ist eine so nichtigende Bemerkung, daß ich sie gesagt und nicht gesagt haben kann; doch glaube ich nicht, daß ich sie gesagt habe.

Trotzdem bleibe ich bei meinem Urteil, daß ich zu klug, zu gerecht und zu vornehm bin, um der antisemitischen Bewegung Sympathien zu schenken. Ich empfinde es als eine Ungerechtigkeit, wie ein Teil der Bevölkerung von den Antisemiten behandelt wird, als Torheit, wie Staatsbürger verachtet werden, und auch als eine Unvornehmheit, wenn eine Mehrheit eine Minderheit so behandeln will. Das ist meine Meinung. Ob ich daneben noch germanische Gefühle im Rücken habe, überlassen Sie mir. (Lachen rechts.) Aber sie sind nicht so intensiv, daß sie mich zu einer törichteren oder unvornehmeren Handlung bringen könnten. (Sehr gut links.)

Nun komme ich zu meinem verehrten Herrn Stadthagen. Ich soll gesagt haben, wir hätten glücklicherweise noch keine Klassenjustiz. Ich habe nur gesagt, daß das, was Herr Stadthagen unter Klassenjustiz versteht, höchstens auf einen sehr kleinen Prozentsatz des deutschen Richterstandes passe. Aber ich gebe dem recht, was Herr von Gerlach gesagt hat, daß wir dafür sorgen müssen, daß keine Urteile gefällt werden, die dem Volke den Eindruck machen, als seien sie Ausflüsse der Klassenjustiz. Ich habe ferner nur mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die sozialdemokratische Partei so oft hat erklären müssen, sie sei von ihren Bewährsmännern getäuscht worden. Ich hätte, sagt Herr Stadthagen, kein Wort für die eigentliche Not des Volkes gesagt. Er hätte einmal meine Rede zur Zuchttaubstille lesen sollen! Aber wenn ich alle die Dinge hier vorbringen wollte, die der Abg. Stadthagen erzählt, dann würde ich bald in denselben Ruf kommen, den der Abg. Stadthagen hier genießt. Ich danke eben für den parlamentarischen Ruf des Herrn Stadthagen! (Weisfall bei den Freis.)

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.): Herr Schrader behauptete, katholische Bischöfe hätten sich häufig gegen den Gotteslästerungs-Paragrafen vergangen, der Einrichtungen der Religionsgemeinschaften gegen Beschimpfungen schützt. Das ist eine ganz beweislose Behauptung, die ich auf das entschiedenste zurückweisen muß. (Zuruf links: Die Beschimpfungen Luthers durch katholische Geistliche!) — Redner wünscht Abänderung des § 831 B. G. B., der jeden Tierhalter verantwortlich macht für den durch sein Tier hervorgerufenen Schaden. Viel wichtiger wäre eine solche Bestimmung für die Besitzer der stinkenden Angüsse, der Automobile. (Sehr wohl im Zentrum.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

117. Sitzung vom Sonnabend, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.)

Spricht sich zunächst für eine kurze und präzise Geschäftsführung aus. Die preussischen Eisenbahnen seien das großartigste Institut der Welt. Was die Anregung einer Eisenbahngemeinschaft betrifft, so sind wir gegen die Einführung der Reichs-Eisenbahn, weil dadurch die Selbständigkeit der Einzelstaaten vermindert würde. Durch eine Eisenbahntarif-Reform darf keine Verminderung der Eisenbahn-Einnahmen herbeigeführt werden, damit nicht etwa infolge davon eine Erhöhung der Einkommensteuer eintreten muß mit einer Progression nach oben, was die Sozialdemokraten als den Anfang des Zukunftsstaates betrachten. Redner empfiehlt eine Erhöhung der Ministerpensionen. Eine Kontrolle der Sparamkeit kann das Abgeordnetenhaus nicht üben, das muß der höheren Verwaltung überlassen bleiben. Wir begreifen die geplante Einrichtung eines Landes-Gewerbeamts als eine Maßnahme zur Förderung des Handwerks. Wir werden die Regierung unterstützen in dem Bestreben, die Konzentration des Großkapitals, insbesondere des Kohlenkapitals, zu verhindern. Wir werden ebenso die Regierung unterstützen in der Zurückweisung von Anarchisten, die vom Ausland zu uns kommen. (Weisfall rechts.) Redner dankt dem Justizminister und dem Minister des Innern, daß sie nicht im Reichstag erschienen sind, um auf die Angriffe der Sozialdemokraten zu antworten. Bedauerlich ist die Verzögerung des Abschlusses der Handelsverträge, wodurch zwei Jahre unnötig vergehen, ohne daß die Zustände in der Landwirtschaft gebessert werden. Redner schließt mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß der Kronprinz eine Braut aus dem alten deutschen Hause gewählt habe, das schon viele tüchtige Fürsten hervorgebracht habe. (Weisfall rechts.)

Abg. Herold (Z.) tritt für eine feste Abgrenzung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten ein. Für die Verneuerung der Materialbeiträge ist der richtige Maßstab das Einkommen und nicht die Kopfzahl der Bevölkerung. Das Eisenbahngesetz muß in schnellerem Tempo als bisher ausgearbeitet werden.

Bei den Kommunalsteuern muß der Staat einen Teil der Lasten mit übernehmen, da ja auch die Kommunen Staatslasten tragen. (Der Reichsanzwiler erhebt im Saal.) Die Erträge aus den Domänen gehen von Jahr zu Jahr zurück. Daher ist es höchste Zeit, daß der Landwirtschaft geholfen werde, und deshalb müssen endlich die Handelsverträge abgeschlossen werden. Ueber den Ausstand im Ruhrrevier möge die Regierung umfangreiche Erhebungen unter Zuzugriff von Arbeitern anstellen lassen, damit ein klares objektives Bild über die Ursachen des Ausstandes gewonnen werde. Insbesondere ist diese Ursache auf Maßnahmen des Kohlenyndikats betreffend die Stilllegung der Zeche zurückzuführen. Redner begrüßt die Errichtung eines Landes-Gewerbeamts und kritisiert die beabsichtigte Veräußerung der Dispositionsfonds in den gemischt-sprachigen Landesteilen. Verfehlt seien die Kampfmittel gegen die Polen, die man durch Milde dazu bewegen sollte, daß sie sich als preussische Untertanen wohl fühlen. Der katholischen Kirche solle man volle Bewegungsfreiheit lassen und nicht ihre Erbenstätigkeit usw. beschränken.

Ministerpräsident Graf v. Bülow:

Der Abg. Graf Limburg-Sturum hat von bitteren Enttäuschungen bezüglich des Abschlusses der Handelsverträge gesprochen. Es ist ungelungen, ohne sehr große Schwierigkeiten, mit sechs auswärtigen Staaten, mit Italien, Belgien, Anghand, Rumänien, der Schweiz und Serbien Handelsverträge zu vereinbaren. Mit Oesterreich-Ungarn sind die Handelsvertragsverhandlungen so weit gefördert worden, daß die Einsegnung in den aller nächsten Tagen fallen muß. Wenn wir die sechs fertiggestellten Handelsverträge dem Reichstage vorlegen würden, bevor die Situation mit Oesterreich-Ungarn vollständig geklärt ist, so würden wir die Verhandlungen mit diesem im hohen Grade erschweren. Bei der Wichtigkeit des Abschlusses der Handelsverträge würde es nach meiner Ansicht unverantwortlich gewesen sein, wenn ich die Fertigstellung dieses Werkes aus diesem Grunde gefährdet hätte, um die parlamentarische Behandlung der Handelsverträge um 8 oder 14 Tage früher zu ermöglichen. (Sehr richtig! links.) Ich würde mich dadurch dem Vorwurf ausgesetzt haben, daß ich aus Ueberzeugung schwerwiegende wirtschaftliche Interessen gefährdet hätte. Die Frage der Kündigung der Handelsverträge wird dadurch ihre Lösung finden, daß wir sechs Handelsverträge fertiggestellt haben und hoffentlich auch den siebensten in kürzester Frist unter Dach bringen werden. Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist von dem Bestreben geleitet, einerseits den Schutz der nationalen Arbeit zu gewährleisten, andererseits an dem Grundsatz festzuhalten, langfristige Handelsverträge abzuschließen. Dieses Ziel ist in den letzten 10 Jahren im wesentlichen für Handel und Industrie, nicht aber für die Landwirtschaft erreicht worden, und für diese ist die Erhöhung des Schutzes unbedingt notwendig. Dieser erhöhte Schutz für die Landwirtschaft soll nach der Absicht der Staatsregierung die Signatur der neuen Handelsverträge sein. (Weisfall rechts.) Die Schwierigkeiten der Vertragsverhandlungen waren außerordentlich groß, und die Staatssekretäre des Innern und des Aeußeren haben so viel diligentiam prästiert, daß sie mit Volldampf gearbeitet und hohe Anerkennung verdient haben. Ich bitte deshalb das hohe Haus, nicht durch zu scharfes Drängen die Verhandlungen zu erschweren, sondern Vertrauen zu der Regierung zu haben, daß sie die Interessen des Landes und aller Erwerbsstände gewissenhaft wahrnehmen wird. Wenn die Polen mit ihrer Agitation nachlassen, dann werden wir zu einer Verständigung kommen. Solange aber auf uns geschossen wird, werden wir weiter schießen. Die Geschichte hat bewiesen, daß eine Politik der Schwäche gegen die Polen zum größten Schaden für uns geführt hat. (Sehr richtig! rechts.)

Auf den Streik im Ruhrrevier wird der Handelsminister ausführlich zurückkommen. Bei Streiks haben die Behörden die doppelte Pflicht, dafür zu sorgen, daß unter allen Umständen Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten werden und daß die Gesetze gleichmäßig angewendet werden, sie müssen aber auch eine Einigung zu erstreben suchen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Ich bin daher bereit, die Behörden zu einer vermittelnden Tätigkeit zu veranlassen. Ich erwarte, daß die Arbeiter sich von Ausschreitungen fern halten, daß aber auch die Arbeitgeber den Beschwerden der Arbeiter Verständnis und Entgegenkommen zeigen werden. Ich hoffe, daß auf beiden Seiten die besonnenen Ueberlegung die Oberhand behalten und daß ohne schwere Katastrophen für beide Teile und das Land eine friedliche Verständigung erzielt wird. (Weisfall.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.)

weist zunächst darauf hin, daß der Finanzminister trotz des glänzenden Aufstiegs des Etats vor einer Steigerung der Ausgaben warnt. Redner kann sie die Besteuerung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Zustimmung seiner Freunde nicht in Aussicht stellen, da das eine Doppelbesteuerung der Mitglieder dieser Gesellschaften bedeuten würde. Eine Erhöhung der Steuer für die großen Einkommen über 4 Proz. hinaus würde den Verzug der Besitzer großer Vermögen zur Folge haben. Wenn der Minister höhere Einnahmen aus den Steuern plant, warum entlastet er dann nicht die unteren Stufen? Redner begrüßt es, daß die Regierung zur Beilegung des Streiks im Ruhrrevier beitragen wolle. Es ist fraglich, ob das gute Recht auf Seiten der Arbeiter ist, da sie ihre Forderungen erst nach Ausschbruch des Streiks aufgestellt haben. Das Reich müßte auf größere Sparsamkeit hingewiesen werden, da zwar nicht Preußen und Bayern,

wohl aber die kleinen Bundesstaaten an den Anforderungen des Reiches zugrunde gehen. Auch wir wünschen das baldige Zustandekommen des deutsch-österreichischen Handelsvertrags. Für die Industrie kommt nicht allein die Stabilität der Verhältnisse auf 12 Jahre, sondern auf das Wie der Verträge in Betracht. Wegen die großpolnischen Bestrebungen müssen wir uns wehren. Der Abg. Herold stellt die Verhältnisse auf den Kopf, wenn er meinte, die Polen würden von uns angegriffen. Wir begreifen die geplante Einrichtung eines Landes-Gewerbeamts, wünschen aber eine energiereichere Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens. Redner bedauert die in letzter Zeit häufig vorgekommene unzulässige Kritik der Schwurgerichts-Präsidenten an dem Wahrspruch der Geschworenen. Die Führer des Bundes der Landwirte haben zum Teil die Kanalvorlage zu einer Verheerung der Bevölkerung benutzt, die alles Erlaubte übersteigt. Wir haben den dringenden Wunsch, in die nächsten Wahlen unter einem neuen Wahlsrecht einzutreten. Einem neuen Schulgesetz werden wir zustimmen, wenn es dem Kompromiß entspricht. Notwendig ist vor allem eine Reform des Lehrerbefolgungsgesetzes. (Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Freier v. Rheinbaben

erklärt die Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung für begründet. Eine Heranziehung bei einer Affoziation von Kommissarmitgliedern ist nicht beabsichtigt. Ich will keine Steuern auf Vorrat. Aber wenn bei der Einkommensteuer-Reform hauptsächlich ein Steuerertrag bei funderreichen Familien stattfinden soll und dadurch ein Anfall entsteht, so muß dieser Anfall doch gedeckt werden. Die Einkommensteuer soll keineswegs mit einem riesigen Plus ausgeschlachtet werden. Bei der Eisenbahnverwaltung können wir ein ganz reines Gewissen haben, da z. B. die Gütertarife in der letzten Zeit um 16 Proz. ermäßigt sind. Diese Ermäßigung der Tarife hat eine Steigerung des Güterverkehrs von 9 Milliarden Tonnenkilometer auf 25 Milliarden Tonnenkilometer zur Folge gehabt.

Justizminister Schönstedt

erklärt, daß er die Kritik der Schwurgerichtspräsidenten an dem Wahrspruch der Geschworenen nicht für zulässig halte, und daß er auf eine an ihn gerichtete Beschwerde erwidert habe, daß sich der Vorsitzende auf die Rechtsbelehrung zu beschränken habe. Der Anregung, die Juristen mehr als bisher in der Nationalökonomie auszubilden zu lassen, stehe er durchaus sympathisch gegenüber.

Abg. Jehr. v. Jedlich (rtl.):

Die Beilegung des Streiks im Ruhrrevier wird hoffentlich geschehen. Die Arbeiter müssen vor allen Dingen die Drohung mit einem allgemeinen Ausstande zurücknehmen. Bei unserer Einkommensteuer halte ich große Schwierigkeiten für ausgeschlossen. Wir werden dazu kommen müssen, die Einkommensteuer zu qualifizieren. Ein festes Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten würde dadurch geschaffen werden können, daß ein bestimmter prozentualer Beitrag an das Reich für eine Reihe von Jahren festgesetzt würde. Der sehr bedenklichen Abwanderung von Lande nach den Städten muß durch geeignete Maßregeln entgegengetreten werden. Den armen Landgemeinden, die gezwungen sind, hohe Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, muß geholfen werden. Das geplante Volksschulunterhaltungs-Gesetz müßte zu einem Dotationsgesetz für die ärmeren Gemeinden gestaltet werden. Redner fragt an, ob die Vorlegung dieses Gesetzes noch in diesem Frühjahr erfolgen werde, und ob bald ein Gelegenheitskurs zur Entlastung des bäuerlichen Grundbesitzes vorgelegt werden würde. Wünschenswert wäre eine größere Dezentralisation unserer gesamten Verwaltung und eine stärkere Heranziehung der Selbstverwaltungsgorgane zu den allgemeinen Staatsaufgaben. (Weisfall rechts.)

Außenminister Dr. Studt

erklärt, daß er die Vorlegung des Volksschulunterhaltungs-Gesetzes in dieser Session mit Rücksicht auf das große Arbeitspensum des Landtages nicht empfehle; die Regierung habe die Absicht, den Landtag im Spätherbst zur Beratung dieses Gesetzes einzuberufen.

Handelsminister Müller:

Nach den amtlichen Mitteilungen beteiligen sich an dem Streik im Ruhrrevier 55 000 Bergarbeiter. Von einigen Zechen wird ein Wiederantritt der Arbeit gemeldet, und ich hoffe, daß damit die Einleitung zu einer Verbesserung der Lage gegeben ist. Der Streik ist zwar plötzlich eingetreten, aber es deuteten schon manche Anzeichen im letzten Jahre auf eine Streikbewegung hin. Die Klagen beziehen sich zunächst auf die Löhne, die noch nicht wieder auf der Höhe stehen, welche sie zur Zeit der Hochkonjunktur hatten. Während der Durchschnittsverdienst 1900 1322 M betrug und 1901 1224 M, ist er 1902 auf 1101 gesunken, 1903 aber wieder auf 1205 gestiegen. Dann wird geklagt über zunehmende schlechte Beschäftigung. Wenn bei 5500 Unterbeamten eine oder die andere Ausdauerung vorkommt, so ist das nicht verwunderlich, es handelt sich aber nach meiner Ueberzeugung da ebenso um Ausnahmen, wie die Soldatenmishandlungen Ausnahmefälle bilden. Heftige Angriffe werden gegen das Rullen von Förderwagen gerichtet, das erfolgt, wenn Steine darin sind. Das Rullen ist dem westfälischen Revier eigentümlich, in manchen anderen Gegenden kommt es nicht vor. Es bezieht sich im Höchsthall auf 8 Proz. der Förderer, meist auf weniger als 1 Proz. Auf der Zeche „Bruchstraße“ war die Zahl der genullten Wagen in den letzten Monaten des vergangenen Jahres rund 130 Proz., also nicht ungewöhnlich hoch.

Die Warnkrankheit ist, wie ich hier wiederholt ausgesprochen habe, von uns energig bekämpft worden, viel energischer als in anderen Ländern. Wir haben zur Bekämpfung der Krankheit mindestens 7—8 Millionen ausgegeben. Der Erfolg ist ein sehr großer und die Erregung unter den Arbeitern nur dadurch hervorgerufen, daß die scharfe Kontrolle sie stark belästigte; die sehr angreifende Kur hat die Leute geradezu erschreckt gemacht! — Wenn die Stilllegung der Zechen wie früher nur aus dem Absterbungsprozess hervorgegangen wäre, würde keine derartige Erregung entstanden sein. Die Streitigkeiten sind vielmehr dadurch entstanden, daß dieselbe Gesellschaft auf ihrer Zeche „Bruchstraße“ die Förderung erhöhte und dafür andere Zechen eingehen ließ. Durch die Steigerung der Arbeiterzahl wurde natürlich die Seilschaft verlängert. — Auf anderen Zechen sind in früheren Jahren schon derartige Einrichtungen nur durch den Einpruch der Arbeiter verhindert. Auf den Zechen „Oberhausen“ und „Bruchstraße“ legte sich das Oberbergamt ins Mittel. In letzterem Falle hielt das Oberbergamt die Jahresverwaltung an, vor Einführung der längeren Seilschaft eine ordnungsgemäße Kündigung der alten Arbeitsbedingungen zu vollziehen. Die Arbeitszeit beträgt meist acht Stunden, dazu kommt die Seilschaft von meist einer, seltenen 1/2 bis 3/4, vereinzelt mehr als einer Stunde. Nur wo die Seilschaftzeiten verlängert werden sollten, erhoben die Organisationen Einpruch. Die Arbeiterschaft der Zeche wurde bei ihrem Erlöschen um Vermittelung vom Oberbergamt auf meine Veranlassung an das Berggewerbegericht gewiesen, machte davon aber keinen Gebrauch, sondern trat in den Ausstand. Vor jezt ab soll Anträgen auf Vermittelung sowohl vom Oberbergamt als auch vom Berggewerbegericht Dortmund Folge gegeben werden. — Der Oberbergamtspräsident stellt zurzeit auf meine Veranlassung fest, ob Vermittelung gewünscht wird. Die Verwaltung muß sich natürlich in völliger Neutralität halten. (Sehr richtig! links.) Wenn die Bewegung weiter um sich greife, wäre das Jahr verhängnisvoll nicht nur für den Bergbau und die v. g. Arbeiter, sondern auch für alle Kohlenverbraucher und unsere ganze Industrie. Auf jeden Arbeiter, der feiert, können viele andere Arbeiter, die schwer geschädigt werden. — Ob Gott, daß das nicht eintritt! (Weisfall.)

Weitere Verhandlung Montag 11 Uhr. — Schluß 4 1/2 Uhr.

# Die Verluste in Südafrika.

Die Kolonialdirektor Dr. Stübel in der gestrigen Kommissionsitzung erklärte, waren bis zum Gefecht bei Groß-Nabas am 4. Januar cr. 772 Mann entweder getötet worden oder ihren Wunden resp. Krankheiten erlegen. Außerdem wurden 316 Personen verwundet oder als vermisst gemeldet.

Die Stärke der in Südafrika befindlichen Truppen belief sich nach den Erklärungen des Kolonialdirektors auf 519 Offiziere, 11 068 Mann und 154 Beamte. Von diesen annähernd 12 000 Mann befinden sich zurzeit noch immer mehr als 10 000 Mann in Südafrika. Sie werden jedoch durch neue Verstärkungen, die demnächst abgehen sollen, auf eine noch höhere Ziffer gebracht werden. Mit den neuen Verstärkungen sollen nämlich abgehen 45 Offiziere, 21 Beamte und 1051 Mann.

Aus diesen Mitteilungen ergibt sich, welche ungeheure Summen uns Südafrika noch kosten wird. Schon daraus, daß noch immer neue Nachschübe nach Südafrika abgehen, ersieht man, daß die Regierung der Auffassung ist, daß in absehbarer Zeit an eine Verminderung der Truppenzahl gar nicht zu denken ist. Höchst wahrscheinlich wird auch der Krieg, wenigstens der Kleinkrieg, noch unabhsehbare Zeit dauern. Zwar soll nach den letzten eingelaufenen Nachrichten die Drottentottenmacht, die unseren Truppen bei Groß-Nabas geschloffen gegenübertrat, durch neuere Gefechte zerstreut worden sein. Allein dadurch ist das Schicksal des Krieges durchaus noch nicht besiegelt. Es wird nimmehr der Kleinkrieg beginnen, der nach den Urteilen der Kenner Südafrikas noch bedeutend schwieriger sein soll, als der Krieg großen Stils.

In den letzten Gefechten, sind gefallen 1 Offizier und 6 Mann, 12 wurden schwer und 13 leicht verwundet.

## Der Kolonialdirektor über die Ausrottungsstrategie Trothas.

Die Erklärungen, die in der gestrigen Kommissionsitzung der Kolonialdirektor Stübel über die Ausrottungsstrategie Trothas abgegeben hat, sind absolut unbefriedigend. Von unseren Genossen ist denn auch bereits in der Sitzung die entsprechende Kritik an diesen tendenziösen Erklärungen geübt worden. Die Regierungsvertreter vermochten gegen die Verurteilung des nach der Parole „Bardon wird nicht gegeben“ geführten Gefechtes des Generalissimus Trothas nichts vorzubringen. Schleierhaft bleibt es einseitigen und wird es vielleicht immer bleiben, ob General Trotha seinen Ausrottungskrieg gegen die Hereros aus eigener Nachvollkommenheit geführt hat, oder ob er damit nur Befehle befolgte, die ihm aus Berlin gegeben wurden. Daß General Trotha in allerletzter Zeit, wie ja Kolonialdirektor Stübel erklärte, Befehle zugegangen sind, daß nimmehr Gefangene gemacht werden dürften, beweist noch keineswegs, daß er bislang anders lautenden Befehlen aus Berlin gefolgt ist!

Uebrigens scheint General Trotha den Vernichtungszug, den er gegen die Hereros geführt hat, nimmehr auf die Hottentotten ausdehnen zu wollen! In den Meldungen über die letzten Gefechte wird nämlich nur von gefallenen Hottentotten gesprochen. Daß Verwundete in Gefangenschaft geraten seien, wird nicht erwähnt. Daß dies nicht auf eine mangelhafte Berichterstattung zurückzuführen ist, geht aus den Mitteilungen hervor, die General Trotha über den Herero-Feldzug in der letzten Zeit erstattet hat. In diesen Meldungen wird jedesmal über die Zahl der gefangenen Hereros berichtet. Wenn also in dem Hottentotten-Feldzug Gefangene gemacht worden wären, so würde General Trotha dies unfehlbar ebenfalls mitgeteilt haben. Da er es nicht mitgeteilt hat, kann nur angenommen werden, daß Gefangene nicht gemacht wurden, denn die Annahme, daß die Hottentotten sofort alle tödlich getroffen worden sein sollten, ist vollständig unsinnig. Deshalb ist es notwendig, daß nicht nur über die nun einmal geschehenen und nicht wieder gut zu machenden Fehler im Herero-Feldzug Kritik geübt wird, sondern daß von der Regierung gefordert wird, daß sie sofort dem General Trotha die strikte Anweisung zugehen läßt, gegenüber den Hottentotten anders zu verfahren, als es ihm mit den Hereros beliebte! Die elementarsten Grundsätze der Menschlichkeit und auch die Rücksicht auf die Soldatenehre unserer in Südafrika kämpfenden Truppen verlangt es, daß die verwundeten Hottentotten zu Gefangenen gemacht, nicht aber kurzerhand in das Jenseits spediert werden!

## Die amtliche Berichterstattung und die Scherl-Presse.

In der Kommissionsitzung wurde auch scharfste Beschwerde darüber erhoben, daß die Scherl-Presse in der Lage gewesen sei, früher Nachrichten nicht nur über strategische Bewegungen, sondern auch über die Namen der Gefallenen und Verwundeten zu machen, als die amtliche Berichterstattung. Der Kolonialdirektor suchte sich damit herauszureden, daß er erklärte, wahrscheinlich seien eben Scherl früher direkte private Nachrichten zugegangen, als dem Answärtigen Amt. Diese Ausrede fällt glatt zu Boden gegenüber der Tatsache, daß der „Lokal-Anzeiger“ über die Verluste bei Groß-Nabas 24 Stunden früher Nachricht zu geben vermochte, als die amtliche Stelle. Diese Nachrichten aber konnten Scherl nur zugegangen sein durch die Benutzung der Heliographenlinie, die nach dem Telegramm Trothas durch anderweitige wichtige Meldungen derartig in Anspruch genommen war, daß es ihm nicht möglich war, auch noch Mitteilungen über die Verluste unserer Mannschaften zu geben. Die Sache kann sich also nur so zugetragen haben, daß diese so überlastete amtliche Heliographenlinie zwar für den General Trotha keine Mitteilungen über die Mannschftsverluste übermitteln konnte, wohl aber für Herrn August Scherl! Die Regierung wird also gezwungen werden müssen, auf die konkret zu stellende Frage auch eine konkrete Antwort zu geben, statt sich mit allgemeinen Redensarten um den Kern der Beschwerde herumzudrücken.

## Die letzten Verluste in Südafrika.

Gefallen: Jähdrich der Landwehr Tiple aus Binz auf Mügen, Sergeant Bruno Baer, geb. 21. 10. 77, zu Niddorf, Unteroffizier Karl Böschel, geb. 30. 8. 78 zu Ziegenhain, Gefreiter Leopold Sprengel, geb. 1. 10. 81 zu Jinten, Gefreiter Otto Juengel, geb. 3. 10. 81 zu Leipzig, Gefreiter Josef Weinberger, geb. 9. 3. 77 zu Kronwitz, Gefreiter Otto Andres, geb. 11. 2. 82 zu Mahnsfeld, Gefreiter Bernhard Müller, geb. 4. 8. 82 zu Leutenberg, Reiter Josef Hannig, geb. 20. 9. 81 zu Frankenstein, Reiter Guido Lau, geb. 20. 12. 79 zu Hartmannsdorf, Reiter Franz Rorta, geb. 17. 1. 80 zu Kappel, Reiter Franz Bawer, geb. 12. 5. 82 zu Hammover, Reiter Gustav Dehler, geb. 8. 5. 82 zu Waldschaffen, Reiter Max Roschad, geb. 8. 4. 83 zu Lawitz.

Verwundet: Vizefeldwebel Friedrich Paul Thamm, geb. 11. 9. 78 zu Weihen (leicht), Sergeant Franz Wöhnisch, geb. 4. 10. 76 zu Neurode (leicht), Sergeant Hermann Rauch, geb. 16. 1. 77 zu Schöningen (leicht), Unteroffizier Hermann Haag,

geb. 23. 4. 80 zu Fiedleben (leicht), Unteroffizier Georg Kaiser, geb. 15. 8. 81 zu Dapfroy (leicht), Unteroffizier Richard Gräfe, geb. 20. 12. 81 zu Leipzig-Sellerhausen (leicht), Gefreiter Karl Schmidtkonz, geb. 22. 3. 77 zu Weihenburg (leicht), Gefreiter Hermann Schmidt, geb. 11. 6. 83 zu Redden (leicht), Gefreiter Otto Bransner, geb. 28. 6. 82 zu Borsigshain (schwer), Reiter Georg Ernst, geb. 26. 11. 82 zu Wilsberg (leicht), Reiter Paul Jaron, geb. 25. 6. 79 zu Laurahütte (leicht), Reiter Josef Viederstein, geb. 9. 6. 82 zu Duisburg (leicht), Reiter Franz Starzynski, geb. 26. 11. 81 zu Lboritz (schwer), Reiter Josef Rodwal, geb. 26. 12. 80 zu Sarginowo (schwer), Reiter Wilhelm Wödmann, geb. 13. 6. 81 zu Münden-Glabbach (leicht), Reiter Wilhelm Ambelang, geb. 7. 4. 84 zu Jima (leicht), Reiter Remigius Kägele, geb. 13. 9. 82 zu Stelpling (schwer), Reiter Eduard Heilig, geb. 11. 6. 81 zu Reibach (leicht), Reiter Otto Schulz, geb. 6. 6. 82 zu Spandau (leicht), Reiter Max Lange, geb. 6. 1. 80 zu Naoloven (leicht), Reiter Anton Medel, geb. 3. 6. 82 zu Welschenmest (leicht), Reiter Georg Engel, geb. 26. 2. 82 zu Lüttich in Belgien (schwer), Reiter Theodor Stiller, geb. 8. 3. 81 zu Sarenfell (leicht), Reiter Franz Berges, geb. 27. 1. 81 zu Alt-Damm (leicht), Reiter Karl Henning Haat, geb. 11. 5. 83 zu Jyehoe (leicht).

Vermis: Reiter Ernst Albat, geb. 15. 7. 84 zu Gudwainen, Reiter Karl Mägerstädt, geb. 26. 10. 81 zu Wiesbaden.

In Gefecht bei Stamprietfontein am 1. Januar gefallen: Unteroffizier Georg Rüscher, geb. 16. 12. 83 zu Schwandeb, früher im Telegraphen-Bataillon 1.

Berlin, 12. Januar. Amtliche Meldung. Nach Meldung des Generals von Trotha hat Oberst Deimling, von Gibeon kommend, am 3. Januar bei Haruchas, südlich Gochas, am 5. bei Gochas, am 7. anscheinend bei Irururibis siegreiche Gefechte gehabt. Der Feind ist vermutlich nach Osten geschichtet. Die Verbindung zwischen Oberst Deimling und Major Meiser ist hergestellt.

Berlin, 12. Januar. Amtliche Meldung. Nach einem Telegramm aus Windhuk wurden in den Gefechten bei Groß-Nabas am 2., 3. und 4. Januar noch verwundet: Sergeant Julius Wendler, geboren 18. 4. 79 zu Gunzenhausen (schwer), Sanitätsunteroffizier Otto König, geboren 22. 12. 81 zu Wehrstedt (schwer).

Nach Meldung Generals von Trotha hat Major von der Heyde am 10. Januar den Vormarsch nach dem unteren Sturmsfeld-Damrumbas mit 82 Wehregenen und zwei Geschützen begonnen. Vierte Kompanie Feldregiments 1 von Abteilung Estorf bricht am 12. Januar auf, um das Gelände zwischen Eiesbusch und Sturmsfeld-Damrumbas zu säubern. Jaharías Yerana, Kapitän der Hereros zu Dhimbingue (110 Kilometer westlich Windhuk), hat sich mit einigen Begleitern dem Major von Estorf in Owinawa-Rana ergeben. Seine Leute sollen wegen großer Ermüdung erst in einigen Tagen dort eintreffen.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: In den Gefechten bei Groß-Nabas am 2., 3. und 4. Januar verwundet: Sergeant Julius Wendler, geboren 18. 4. 79 zu Gunzenhausen (schwer), Sanitätsoffizier Otto König, geboren 22. 12. 81 zu Wehrstedt (schwer).

# Partei-Nachrichten.

In der „Leipziger Volkszeitung“ finden wir auf die Erklärung des Parteivorstandes und der Berliner Proklommission die nachfolgende Bemerkung:

Auf die vorstehende Kundgebung haben wir zu erwidern: Es ist eine unbestreitbare und auch unbestrittene Tatsache, daß die Redaktion des „Vorwärts“ die vom Genossen Nebel in der Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember v. J. gegen den Jostariff-Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gerichtete Erklärung gemißbilligt, aber diese Mißbilligung verschwiegen und vielmehr den vom Genossen Nebel verlegenen Artikel auch ihrerseits wiederholt angegriffen hat. Am verlegendsten gestaltete die Redaktion des „Vorwärts“ diese Angriffe, als der Verfasser des Jostariff-Artikels, ein im Dienste der Partei mit Arbeit überlasteter Genosse, wegen einiger Kraftausdrücke von der Brotwucherpresse als „Halberrädler“ geschmäht wurde, also in einem Augenblicke, wo die einfachste Pflicht des Anstandes jedem Parteiblatt verboten, in dieselbe Herde zu hauen. Der „Vorwärts“ jedoch erlahm gerade diesen Augenblick, um auf einen, wie er sagte, „krankhaft überreizten Genossen“ Vorwürfe zu häufen, wie „kalte und triviale Schimpereien“, „Kraftmeierium“, „Athletentum in Worten“, das „durch inhaltlose Phrasenhaftigkeit den sozialistischen Kampf abschwäche“, genug Vorwürfe, deren Sinnlosigkeit gerade auch vom Standpunkt des „Vorwärts“ sich schon daraus ergibt, daß sie, wenn sie einen Sinn hätten, den „Vorwärts“ ungleich scharfer treffen würden als die „Leipziger Volkszeitung“. Diese Angriffe des „Vorwärts“ haben den Genossen Wehring zu seinem Abwehrartikel in Nr. 208 unseres Blattes veranlaßt. Es soll keineswegs verkannt werden, daß Genosse Wehring in begeisterte Empörung mit einzelnen Wendungen die Grenzen überschritten hat, die er im allgemeinen Interesse der Partei hätte beobachten sollen. Jedoch war er als politischer Leiter der „Leipziger Volkszeitung“ zur schärfsten Abwehr der vom „Vorwärts“ in geschäftigster Weise angegriffenen Polemik nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet. Auch können die Aufsichtsinstanzen der „Leipziger Volkszeitung“, denen das Wohl der Partei ebenso am Herzen liegt wie den Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“, in einigen formellen Verstößen, die in der berechtigten Abwehr einer grundlosen Herausforderung begangen worden sind, nur eine ungleich geringere Gefährdung der Partei erblicken, als in der Kampfweise, die der „Vorwärts“ seit langer Zeit gegen die „Leipziger Volkszeitung“ beobachtet hat.

Leipzig, 12. Januar 1905.  
Das Proklomitee. Das Agitationskomitee. Die Vertrauensleute des 13. Reichstags-Wahlkreises.  
Der Vorstand des Wahlvereins für den 12. Reichstags-Wahlkreis.

Soweit die „Leipziger Volkszeitung“ — Die Leipziger Parteigenossen, welche die obige Erklärung unterschrieben, haben sich nicht bei uns als der unterrichteten Stelle informiert, ehe sie sich die neuen sachlichen Beschuldigungen gegen uns zu eigen gemacht haben. Es ist daher erklärlich, daß sie die ihnen gewordenen durchaus irrigen Informationen für wahr gehalten haben.

Wir unsererseits stellen fest, daß die Anklagen der obigen Erklärung, die bestimmt sind, für den gegen uns gerichteten Angriff mildernde Umstände zu erwirken, von Anfang bis zu Ende gegenstandslos sind. Die Redaktion ist aber gern bereit, falls die Leipziger Parteigenossen den Wunsch haben sollten, die von ihnen unterzeichneten beweislosen Beschuldigungen nachträglich noch zum Gegenstand eines Beweisverfahrens zu machen, ihnen jederzeit Verstand zu leisten. Wir sind überzeugt, daß sie über das vollständige Material unterrichtet, dann selbst zu der Erkenntnis kommen, die wir im Interesse der Partei und der Wahrheit für erwünscht halten.

Für die Öffentlichkeit scheint uns die Weiterführung der Diskussion keinerlei Interesse zu haben.

## Pölicellisches, Gerichtliches usw.

Aufhebung eines freisprechenden Urteils wegen unstatthafter Verteidigung!

Gegen den Geschäftsführer der „Wainzer Volkszeitung“, Friedrich Döller, wurde vom Landgericht Mainz das Hauptverfahren wegen zweier selbständiger Fälle von Verleumdung eines Eisenbahn-Vorinspektors in Darmstadt eröffnet. Die erste Strafkammer erkannte jedoch am 27. Mai v. J. auf Freisprechung. Genosse Döller lungierte zu dieser Zeit in Stellvertretung als verantw. Ueber-Redakteur. Er hatte dem Redakteur Mendel ausdrücklich zur Pflicht gemacht,

ihm alle von auswärts eingehenden Manuskripte vor dem Abdruck erst zur Durchsicht vorzulegen; dieser hatte das jedoch bei den beiden inkriminierten Artikeln unterlassen. Die Strafkammer erkannte, daß beide Artikel objektiv beleidigend seien, kam aber auf Grund rechtlicher Erwägungen zu der Auffassung, daß der Angeklagte Döller, der übrigens als Autor mit dessen Zustimmung den Arbeitersekretär Anton Sparr aus Darmstadt benannte, obwohl er verantwortlich zeichnete, doch nicht für die Aufnahme und den Abdruck der Artikel verantwortlich gemacht werden könne. Die Feststellung, daß die Artikel ohne jede Kenntnis des Angeklagten in das Blatt gekommen seien, schließt zugleich die Annahme aus, daß derselbe dolos gehandelt habe, er habe aber auch nicht fahrlässig gehandelt, da er den Autor benannte.

Gegen dieses Urteil wendete sich die Revision der Staatsanwaltschaft, die in erster Linie die Verteidigung des Redakteurs Mendel als unstatthafter bezeichnete, da derselbe als Teilnehmer in Frage komme; er hat die Artikel ohne Kenntnis des Angeklagten in Druck gegeben und war daher an der inkriminierten Handlung strafbar beteiligt. Nachdem der erste Richter hinterher die Eidesunfähigkeit dieses Zeugen erkannte, hätte er das unbedingt im Urteil wärdigen müssen; er würde auch dann nicht zu dem Schlusse gekommen sein, die Veröffentlichung sei ohne Kenntnis des Angeklagten erfolgt.

Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Reichsowalt für begründet erachtet und vertreten.

Der erste Strafsenat des Reichsgerichts hob nach dem Antrage des Staatsanwalts das Urteil nebst den demselben zugrunde liegenden tatsächlichen Feststellungen auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück.

# Soziales.

Eine interessante Organisation. In Holland hat man sich im letzten Jahre viel mit dem „Bund der Marinematrosen“ beschäftigt, den der Marineminister Eijs, der den „starren Mann“ spielt, um jeden Preis vernichten will.

Unter Marinematrosen sind die Seeleute der Kriegsschiffe zu verstehen, nicht die Mannschaften, welche die Waffen bedienen. Die Matrosen kämpfen nicht, sie fahren nur, stehen jedoch unter den Kriegsgefechten. Sie sind aber alle freiwillige und verpflichten sich für längere Zeit zum Dienst. Die meisten treten schon sehr jung, mit 14 bis 15 Jahren, in die Marine.

Diese Marinematrosen haben in den letzten Jahren eine Organisation gegründet, welche, da die Unzufriedenheit sehr groß war, schnell wuchs. Am 1. Januar 1903 zählte sie 1575 Mitglieder, das waren 60 Proz. der Matrosen, welche älter als 18 Jahren waren, und nur diese werden angenommen.

Während der Streikbewegungen im „roten Quartal“ (die Monate Januar-April 1903) hatte man bei diesen Leuten einige Sympathien mit der Streikbewegung entdeckt und nun machten die Autoritätsmenschen im Haag alle Anstrengungen, um diese Organisation zu unterdrücken. Schon lange hatte es die Herren geärgert, daß die Matrosen ihre Beschwerden durch die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Kammer vorbringen ließen, und daß die bekanntesten Mitglieder sozialdemokraten waren.

Allererst entlich man eine Anzahl der führenden Elemente, dann verboten alle Schiffskommandanten das Blatt „Het Anker“, offizielles Organ des Bundes. Da das alles nichts half, wurde größeres Geschick aufgefunden. Der Staatsanwalt in Alkmaar, der Gerichtsbezirk, binnen welchem der Matrosenbund seinen Sitz hat, stellte den Antrag, dem Matrosenbund die Rechtspersönlichkeit zu nehmen, weil im Organ des Bundes Artikel gefanden hätten, welche mit der militärischen Disziplin, der die Bundesmitglieder unterworfen sind, nicht vereinbar wären. Diesen Antrag wurde stattgegeben.

Rum fing der Kampf des Marineministers gegen die Organisation von neuem an. Alle Vorstandsmitglieder wurden entlassen und jeder Matrose, der an Bord im Besitz einer Nummer des „Anker“ gefunden ward, floß hinaus. Selbst das Briefgeheimnis, obgleich verfassungsgemäß unantastbar, war tatsächlich für die Matrosen der Kriegsschiffe abgeschafft.

Und was ist nun das Resultat dieser Kampagne? Der Mangel an Matrosen wird, je länger je mehr fühlbar, da sich von denjenigen Matrosen, deren Dienstzeit abgelaufen ist, fast kein einziger wieder neu einschreiben läßt. Am 1. Januar 1902 zählte das Seemannspersonal 3105 Mann, am 1. Januar 1903: 3109. Am 1. Januar 1904 war es auf 2876, am 1. Juli 1904 auf 2768 Mann gesunken.

Der Matrosenbund zählte am 1. Januar 1903 1413 Mitglieder, am 1. Januar 1904: 1575, am 1. Januar 1905: 1471!

Der Verlust an Mitgliedern ist ausschließlich dem Austritt aus der Marine zuzuschreiben. Der große Erfolg der Vaterlandstreiter ist also ein andauernder Matrosenmangel.

Dieser Kampf zwischen den Matrosen der Kriegsmarine und der Regierung erregt in Holland die allgemeine Aufmerksamkeit.

Eine staats- und balleterhaltende Fällung unternimmt Herr Dr. Max Möller im „Haag. Korresp.“ um die königliche Institution, gemeinhin Ballettschule genannt, von Bortwürfen zu reinigen. Wir hatten jüngst aus dem Munde des bekannten Kulturhistorikers und schweizerischen Staatsarchivars Dr. Otto Hennemann in Rhin, „Die Wehreden und Sünden der Sittenpolizei“, jene Anschuldigungen wiedergegeben, die sich mit der „Ausbildung“ und dem Schicksal der jungen Mädchen befaßten, die schon im im Alter von neun bis elf Jahren der Ballettschule übergeben werden. Der Verfasser vergleicht dieses Institut mit einem „Remontemarkt“, und berichtet, daß die meisten der armen Mädchen sittlich untergehen. Herr Möller, der Autor literarisch minderwertiger Theaterstücke, sah sich veranlaßt, den Eindruck dieser Anlagen abzuschwächen. Er schreibt:

Noch unsinniger aber ist die Behauptung eines sozialdemokratischen Blattes, daß die königliche Ballettschule vom sittlichen Standpunkte aus zu tadeln sei. Das Blatt drückte sich etwas derber aus. Soviel mir bekannt ist, denkt die Leitung des Instituts nicht daran, hierauf zu reagieren; ich erwähne den Fall hier nur, weil er charakteristisch ist für die Art, mit der manche Blätter alle königlichen Institutionen beurteilen. Das Blatt bringt eine großartige Schilderung der Verhältnisse, die mit folgendem Krumpfe schließt: „Die geeigneten Befundenen werden sodann zu bestimmten Familien gegeben usw.“

Danach müßte man also annehmen, daß die Kinder ihrem Familienkreis entzogen würden, da sie ja zu „bestimmten“ Familien gegeben würden. In der Tat aber leben die meisten Kinder ganz ruhig bei ihren Eltern; daß dafür gesorgt wird, daß Waisen in einen Familienschuß kommen, ist, wie überall, so auch hier anerkannt.

Zur Erleichterung seiner gewiß peinlichen Aufgabe verschweigt er also nicht nur den Inhalt der Schilderungen des Herrn Dr. Otto Hennemann an Rhin, sondern unterschlägt den Namen des Anklägers überhaupt, um jene Schilderungen als „Behauptungen eines sozialdemokratischen Blattes“ darzustellen. Um Herrn Möller eine Rechprüfung zu erleichtern, tragen wir noch, daß jene Stellen, die sein höchstes Mißfallen erregt haben, in dem genannten Buche, das in zweiter Auflage 1897 im Verlage von Max Spöhr in Leipzig erschienen ist, auf Seite 164 und 165 zu finden sind.

Marktpreise von Berlin am 13. Januar. Nach Ermittlungen des Igl. Zollzoll-Berichts. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*) gute Sorte 17,00—17,58 M., mittel 17,56—17,51 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen\*\*) gute Sorte 13,90—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Futtergerste\*) gute Sorte 15,90—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,40 M. Hafer\*) gute Sorte 16,50—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,60—13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M., Speiseerbsen, weiße 30,00—30,00 M., Linen 60,00—30,00 M., Kartoffeln 10,00—7,00 M., Weizen 5,00—4,50 M. Heu 9,20—7,40 M. Für ein Kilo granum Butter 2,50—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. \*) Drei Wogen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Extra-  
Preise

WARENHAUS

A. WERTHEIM

Montag  
Dienstag  
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

## Gemüse-Konserven

Die Preisliste über Lebensmittel und Cigarren wird kostenlos zugesandt.

Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ Dose 85 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe $\frac{1}{2}$ Dose 60 Pf.	Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ Dose 43 Pf.	Feine Schoten $\frac{1}{2}$ D. 55, $\frac{1}{2}$ D. 33 Pf.
Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ " 48 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe $\frac{1}{2}$ " 35 Pf.	Kaiserschoten $\frac{1}{2}$ " 1,15 Mk.	Junge Schoten $\frac{1}{2}$ Dose 48 Pf.
Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ " 1,15 Mk.	Bruchspargel I $\frac{1}{2}$ " 90 Pf.	Kaiserschoten $\frac{1}{2}$ " 63 Pf.	Schoten $\frac{1}{2}$ " 38 Pf.
Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ " 63 Pf.	Bruchspargel I $\frac{1}{2}$ " 50 Pf.	Kaiserschoten II $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Gemischt. Gemüse $\frac{1}{2}$ " 63 Pf.
Stangenspargel Ia $\frac{1}{2}$ " 1,30 Mk.	Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 1,10 Mk.	Kaiserschoten II $\frac{1}{2}$ " 55 Pf.	Kohlrabi in Scheiben $\frac{1}{2}$ " 26 Pf.
Stangenspargel Ia $\frac{1}{2}$ " 70 Pf.	Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Schoten extra fein $\frac{1}{2}$ " 85 Pf.	Spinat $\frac{1}{2}$ " 48 Pf.
Stangenspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 1,65 Mk.	Riesenbruchspargel $\frac{1}{2}$ 1,30 Mk.	Schoten extra fein $\frac{1}{2}$ " 48 Pf.	Wirsingkohl $\frac{1}{2}$ " 32 Pf.
Stangenspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 88 Pf.	Riesenbruchspargel $\frac{1}{2}$ 70 Pf.	Schoten I $\frac{1}{2}$ Dose 74, $\frac{1}{2}$ D. 42 Pf.	Grünkohl $\frac{1}{2}$ " 32 Pf.

## Frucht- u. Fisch-Konserven

Saure Kirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ Dose 95 Pf.	Mirabellen $\frac{1}{2}$ Dose 62 Pf.	Schmorgurken $\frac{1}{2}$ Dose 80 Pf.	Delikatessheringe $\frac{1}{2}$ Dose 78 Pf.
Saure Kirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ " 53 Pf.	Mirabellen $\frac{1}{2}$ " 36 Pf.	Schmorgurken $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.	Delikatessheringe $\frac{1}{2}$ " 50 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen $\frac{1}{2}$ " 65 Pf.	Heidelbeeren $\frac{1}{2}$ " 65 Pf.	Rheinisch. Kraut Dose ca. 1 Pfd. 45 Pf.	Anchovis Dose 36 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen $\frac{1}{2}$ " 38 Pf.	Birnen ganze Frucht $\frac{1}{2}$ " 54 Pf.	<b>Dunstfrüchte</b>	Neunaugen Dose 80 Pf.
Kaiserkirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Pflaumen ganze Frucht $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.	in Gläsern	Aal in Gelee Dose 80 Pf.
Kaiserkirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ " 55 Pf.	Pflaumen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Stachelbeeren, Johannisbeeren	Sardinen Glas 24 Pf.
Reineclauden $\frac{1}{2}$ " 80 Pf.	Pflaumen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 35 Pf.	Pflaumen halbe Frucht Glas	Anchovis Glas 24 Pf.
Reineclauden $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.	Preisselbeeren $\frac{1}{2}$ " 62 Pf.	Kirschen mit Steinen	Sardinen in Öl Dose 30 u. 42 Pf.
Erdbeeren naturell $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Dose ca. 5 Pfd. 1,50, 10 Pfd. 2,95	Heidelbeeren, Birnen	<b>Französ. Oelsardinen</b>
Erdbeeren naturell $\frac{1}{2}$ " 55 Pf.	Apfelmus $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.		Amieux frères $\frac{1}{4}$ 80 Pf. $\frac{1}{2}$ 1,35 $\frac{1}{4}$ in Tomaten 78 Pf.
Aprikosen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 1,10	Apfelmus $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Ostsee-Bratheringe Dose 45 Pf.	Chancerelles frères 70 Pf. 1,20 Mk.
Aprikosen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Gemischte Marmelade	Bismarck-Heringe Dose 45 Pf.	
Pfirsiche halbe Frucht geschält $\frac{1}{2}$ " 1,20	Eimer ca. 3 Pfd. 90 Pf. 10 Pfd. 2,10	Heringe in Aspic Dose 36 Pf.	

## Hülsenfrüchte u. Backobst

Victoria-Erbsen Pfund 13 Pf.	Mittel-Linsen Pfund 17 Pf.	Gemischt. Backobst 28, 42 Pf.	Französische Pflaumen Pfund 25, 28, 33, 42 Pf.
Kleine Erbsen " 12 Pf.	Grosse Bohnen " 22 Pf.	Amerik. Ringäpfel Pfund 36 Pf.	Italien. Makkaroni Pfund 38 Pf.
Glasierte Erbsen " 16 Pf.	Mittel-Bohnen " 18 Pf.	Prünellen " 55 Pf.	Deutsche Makkaroni " 30 Pf.
Spalt-Erbsen gelb " 14 Pf.	Kleine Bohnen " 17 Pf.	Kaliforn. Aprikosen 55, 65 Pf.	leicht gefärbt
Algier-Erbsen grün gespalten " 27 Pf.	Rangoon-Reis " 15 Pf.	Kaliforn. Pfirsiche Pfund 55 Pf.	P <sub>2</sub> Eierschnittnudeln " 38 Pf.
Grüne Erbsen " 14 Pf.	Patna-Reis " 18 Pf.	Kalifornische Pflaumen Pfund 28, 32, 37, 42 Pf.	Hausmacher Art
Grosse Linsen " 22 Pf.	Java-Reis Pfund 22 u. 28 Pf.		

Gebraunt. Kaffee Pfund 90 Pf. Mischung II III IV 1,05 1,25 Mk.

Block-Schokolade Pfund 68 Pf.  
Deutscher Kakao Pfund 1,05 Mk.

Cervelatwurst in Rinddarm Pfund 1,10	Italien. Äpfel Pfd. 10 Pf.	Wolghahühner 1,35 u. 1,60
Salamiwurst in Rinddarm Pfund 1,10	Krachmandeln Pfd. 80, Datteln Kar. 38 Pf.	Enten Stück 2,10 Mk.
Schinkenwurst Pfund 1 Mk.	Traubenrosinen Pfund 65 Pf.	Puten Pfund 72 Pf.
Gänsebrust (Spickgans) Pfund 1,40		

Geflügel und frisches Obst sind von der Zusendung ausgeschlossen.

## Moselweine

Obermoseler $\frac{1}{2}$ Flasche 50 Pf.
1902 <sup>er</sup> Burger " 65 Pf.
1902 <sup>er</sup> Lieserer " 80 Pf.
1902 <sup>er</sup> Zeltinger " 90 Pf.
1902 <sup>er</sup> Piesporter " 1,15 Mk.
1902 <sup>er</sup> Enkircher Steffansberg $\frac{1}{2}$ Flasche 1,25 Mk.
1900 <sup>er</sup> Piesporter Auslese " 1,95 Mk.

## Rhein- u. Pfalzweine

1902 <sup>er</sup> Lorcher $\frac{1}{2}$ Flasche 75 Pf.
1900 <sup>er</sup> Niersteiner " 1 Mk.
1902 <sup>er</sup> Binger Rochusberg " 1,25 Mk.
1900 <sup>er</sup> Rudesheimer Rottland " 1,65 Mk.
1900 <sup>er</sup> Rudesheimer Bischofsberg " 1,80 Mk.
1900 <sup>er</sup> Deidesheimer Riesling " 1,85 Mk.
1893 <sup>er</sup> Liebfraumilch $\frac{1}{2}$ Flasche 2,80 Mk.

## Bordeauxweine

1902 <sup>er</sup> Pauillac $\frac{1}{2}$ Flasche 75 Pf.
1900 <sup>er</sup> Médoc Vertheuil " 90 Pf.
1900 <sup>er</sup> Chât. Petit Puch " 1 Mk.
1899 <sup>er</sup> Libardac Listrac " 1,15 Mk.
1899 <sup>er</sup> Beychevelle " 1,30 Mk.
1899 <sup>er</sup> Chât. Citran " 1,55 Mk.
1899 <sup>er</sup> Chât. Grand Puy " 1,70 Mk.
1899 <sup>er</sup> Chât. Palmer " 1,95 Mk.

Diese Artikel werden nach auswärts nur auf Kosten des Empfängers versandt.







# Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. Berlin O. Frankfurter Allee 89.

## Schluss

des

# Räumungs-Verkaufs

am Sonnabend, den 21. Januar.

## 10% Rabatt

oder

## Doppelte Rabattmarken.

### Achtung die billigen Tage

nur vom 15.-30. Januar

<b>Herren-Anzugstoffe</b> (Aachener Qualitäten) früher 6.50 Mk., jetzt nur noch <b>3.—</b> Mk. per Meter	<b>Damen-Regenrockstoffe</b> m. angow. Futt. früher 5.50 Mk., jetzt nur noch <b>2.50</b> Mk. per Meter
<b>Velour-Rosenstoffe</b> , extra schwer . . . . . 6.— . . . . . <b>3.50</b> . . . . .	<b>Tuchkammgarn</b> für schwarze Gesellsch.-Anzüge „ 6.50 „ „ „ <b>4.50</b> „ „ „
<b>Winter-Paletotstoffe</b> , bestes Fabrikat. . . . . 9.50 . . . . . <b>5.50</b> . . . . .	<b>Damentuche</b> , hochelegante Ware . . . . . 3.50 „ „ „ <b>2.50</b> „ „ „
<b>Knaben-Anzugstoffe</b> , gewirnt . . . . . 2.50 . . . . . <b>1.50</b> . . . . .	<b>Cheviots</b> für Herren-Anzüge . . . . . 5.50 „ „ „ <b>3.—</b> „ „ „

**Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland,**  
Verkaufsräume nur Berlin C., Ross-Strasse 2.

Ich habe mich hier als Arzt niedergelassen.  
1385b  
**Dr. med. Sussnitzki.**  
Sprecht. 8-10, 4-6. Fernspr. Amt  
Rummelsburg Nr. 163. Boxhagener  
Chaussee 7, Ecke Wörnerstraße.

**Hygien-Bedarfsartikel.**  
Illustr. Preisl. frei  
Gustav Engel,  
Berlin 172,  
Potsdamerstraße 131.

**Drechselerei und Luxusmöbelfabrik**  
Frankfurt a. M. bietet günstige Ge-  
legenheit für den billigen Preis von  
19000 R. umgebend zu verkaufen,  
ev. bei keiner Abzahlung. Reichlicher  
Vorrat, fast neue erhaltene Maschinen,  
große zahlungsfähige Kundschaft hier  
und außerhalb. **Frau Witwe. Leh-**  
**mann, Landsberg a. 29.**

**Roh-Tabak**  
**E. Nauen, a. d. Schmiedestraße.**

**Heinrich Franck**  
Berlin N., Blumenstr. 185.  
Besichtigen Sie bitte sofort:  
**Decke**, für rein-  
Vollblatt, 1<sup>1/2</sup> Länge, farbig,  
**dunkel bis schwarz.**  
Tadellos weißer Brand!  
! Seltene Angebot! ■

**Blank's Schnitt-**  
**muster**  
einzig und allein zuverlässig, machen  
Selbstanfertigung aller Kleider spie-  
ligel leicht. Tausende Frauen loben  
sie! — Viele 100 neue Modelle zeigt  
**Blank's Modemuster**, für M. 1.20 (Brief-  
marken) Franko-Zusendung durch  
**R. BLANK, Adth. 2, Berlin SW.,**  
Kommandantenstr. 84.

**Roh-Tabak**  
**Max Jacoby, Streifherstr. 52**

**Sumatra**, von 1.30 an, mit  
2 Pfd. bedend,  
sowie alle Tabake billigst. [14232]

**Roh-Tabak.**  
**Decke Nr. 5230**  
schwarz, hell, reinfarbig, Vollblatt,  
unter 1<sup>1/2</sup> Pfd. bedend,  
**à 2 M. verzollt.**  
**W. Hermann Müller,**  
Berlin O., Magazinstraße 14.

**Herren-Moden**  
**Wilhelm Seide,**  
am  
**20. Dresdenerstr. 20, Oranienplatz.**

Empfehle mein großes Lager  
**Paletots u. Jackett-Anzüge**  
M. 9.—, 12.—, 15.—, 20.—, 25.—, 30.—  
**Rock- u. Gehrock-Anzüge**  
von 18 M. an, in Tuch u. Sammgarn  
von 30 M. an. — Maßanfertigung zu  
soliden Preisen. Großes Stofflager.  
Frack- u. Gesellschafts-Anzüge  
werden verliehen. 1639L\*

**29**  
Gardinenhaus  
Bernhard  
Schwarz  
Ballstr. 29  
Hir.-Eing.

**J. Baer**  
**Badstr. 26, Ecke**

Prinz-Alten  
Herren- und Knaben-  
Moden, Berufskleidung.  
Elegante Paletots  
und Havelocks.  
Großes Lager in- und  
ausländischer Stoffe  
zur Anfertigung nach Maß.  
Allerbilligste, streng feste Preise.

Verlag Max Richter, Berlin W. 30,  
Spiegelstr. 37.  
Soeben erschien: 3tes Heft  
**Die Harnleiden**  
ihre Gefahren, Verhütung und  
Beseitigung von  
**Dr. med. Schaper.**  
Preis 1 Mark.

Eine in vollem Betriebe befindliche  
**Oleusetzerei mit Werkstuhlbetrieb**  
ist wegen vorgerückten Alters sofort  
sehr preiswert zu verkaufen.  
**G. Schröder, Töpfermeister**  
Treptow a./Zoll. 1397b

**Dudenauer Straße 36-38**  
**freundliche Wohnungen**  
von 15 R. ab. Näheres beim 23/27,  
Dudenauer Straße 37. 1312b\*

### Inventur-Ausverkauf vom 16. d. Mts. u. folgende Tage!

zu enorm billigen Preisen.

Ein großer Posten Kleiderstoffe jetzt Meter **45 Pf., 60 Pf., 75 Pf. bis 1,00 M.**  
Ein großer Posten Kostümstoffe, 110 cm breit, jetzt Meter **90 Pf., 1,10, 1,35 - 1,50 M.**

Ein Posten Kostümröcke in eleganter Ausführung, jetzt **3,25, 5,00, 7,50 M.**  
Ein Posten Blusen in allen Größen, jetzt **1,65, 1,05, 2,25 M.**

**Beachtenswert für die Einsegnung:**  
Schwarze und weiße Kleiderstoffe Meter **65 Pf., 90 Pf., 1,20 - 1,35 M.**

Ein großer Posten Schürzen, extra weite, Stück **95 Pf.**

**Schwarze Damassé**  
reine Seide . . . . . Meter **1,35 M.**

**Seidene Blusenstreifen**  
Meter **1,10 M.**

Reste und einzelne Roben enorm billig!

**S. Weissenberg, Große Frankfurterstraße 126** Ecke Koppnstraße.



Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die „Gleichheit“.

(Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.)

Wir Sozialdemokraten fordern die politische Gleichberechtigung für die Frauen keineswegs allein oder in erster Linie mit dem Hinweis auf die Gleichberechtigung „alles dessen, was Menschenanständig trägt“...

Die Eringung politischer Rechte für die Frauen ist uns nicht in erster Linie Selbstzweck. Die politischen Rechte sollen den Frauen Waffen werden, um den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse von Druck und Elend gegenüber der kapitalistischen Herrschaft nachdrücklicher und wirkungsvoller führen zu können.

Es ist es doch eine Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung, die Köpfe zu revolutionisieren, die Ideen des Sozialismus in immer weitere Kreise zu tragen, und dort, wo sie bereits Wurzel geschlagen haben, für eine Vertiefung der Erkenntnis zu sorgen.

Aber in welcher Weise? Durch mündliche Agitation und durch die Agitation für unsere Presse. Diese Pionierarbeit wird ihnen am schwersten fallen bei ihren eigenen Geschlechtsgenossinnen.

Wir wollen aber ausdrücklich betonen, daß die „Gleichheit“ in derselben Weise wie bisher für die aufgeklärten, vorgehenden Genossinnen bei allen neuauftauchenden Fragen führendes und orientierendes Organ bleiben wird.

Dieser Zweck soll unsere sozialdemokratische Frauenzeitung, die „Gleichheit“, erfüllen. Die „Gleichheit“ wird diesen Zweck in ihrer neuen Gewandung und Ausstattung, die sie von 1905 ab erhält, um so besser und gründlicher

erfüllen. Ohne eine Abonnementserhöhung, sie wird nach wie vor bei vierzehntägigem Erscheinen pro Nummer 10 Pf. kosten, wird die „Gleichheit“ bedeutend vergrößert werden.

Wir wollen aber ausdrücklich betonen, daß die „Gleichheit“ in derselben Weise wie bisher für die aufgeklärten, vorgehenden Genossinnen bei allen neuauftauchenden Fragen führendes und orientierendes Organ bleiben wird.

Bei der mündlichen Agitation in Werkstatt und Familie sollte dasselbe geschehen.

Werden Genossen und Genossinnen es sich zur Ehrenpflicht machen, für die „Gleichheit“ in derselben intensiven Weise zu agitieren, wie sie für die übrige Parteipresse agitieren, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Friedenau-Steglich. Heute, Sonntag, nachmittag findet bei Schellhase in Steglitz, Ahornstr. 15, eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Jubeil über „Militärmaßnahmen“ referieren wird.

Rixdorf. Am Mittwoch, den 11. Januar, hielt der „Verein getreulich tätiger Frauen und Mädchen von Rixdorf“ im Lokal des Herrn Thiel, Bergstraße 151-152, seine Monatsversammlung ab.

Briefkasten der Redaktion.

G. 2. Nebungsfunde jeden Mittwoch abend 8 1/2 Uhr Steinstr. 81. Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

P. P. 1. Leider ja. — 5 oder 2., Rixdorf. Ihre Frage ist ohne Darlegung Ihrer Verhältnisse nicht zu beantworten. Sie müssen darlegen, ob Sie etwas erhalten und eventuell wie der Bescheid lautet, der Ihnen eine Pensionsrente oder eine Invalidenrente zuspricht.

Wasserstand am 13. Januar. Elbe bei Aufsig + 0,56 Meter, bei Dresden - 1,26 Meter, bei Magdeburg + 1,17 Meter.

Witterungsübersicht vom 14. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Parameter, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Parameter, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 15. Januar 1905. Zunächst meist heiter und trocken bei etwas strengem Frost und lebhaften südöstlichen Winden; später neue Erwärmung und Trübung.

Billigste Angebote

Ball = Saison

- Weißer Kostüm-Anzüge bestehend aus Jackott, Weste und Hose 4 Mk.
Strand-Anzüge bestehend aus Jackott, Weste und Hose 6 Mk.
Papierfaser-Anzüge cremefarben 10 Mk.
Schwarze Gehrock - Anzüge 21 Mk.
Schwarze Beinkleider 3 Mk.
Piqué-Westen 1 Mk.
Winter-Paletots 8 Mk.
Geh-Pelze Imitat. Hochelegant 50 Mk.
Raglan-Paletots Neueste Moden 20 Mk.
Gummi-Regen-Mäntel 15 Mk.
Loden-Havelocks 6 Mk.
Chike Knaben - Anzüge 2 Mk.

Hosen nach Maß 7 Mk. 50

Anzüge nach Maß 24 Mk.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes.

Chausseest. 24a/25. 11. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Der illustrierte Berliner Almanach 1905 wird unseren Kunden kostenlos zugesandt.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17/18. Veteranenstr. 1/2.

Wir hatten Gelegenheit, ein großes Fabriklager in Pelzwaren ganz besonders vorteilhaft zu erwerben und stellen dasselbe vom Montag an zum Extraverkauf. Die Preise sind so ungemein niedrig, daß sie teilweise fast nur den dritten Teil des Wertes betragen.

Pelzkolliers gerade Form 48 Pl. 1.95
do. Façon 1.95

Pelzkolliers runde Form 2.25 | Pelzstolas 2.85

Ein grosser Posten Damenblusen in sehr eleganter Ausführung vorzüglichen Stoffen, Wert bis 15.— jetzt 6.75
Wert bis 9.— jetzt 4.75















## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 19. Januar 1905, abends 8 Uhr:  
Branchenversammlung der Parkettbodenleger

im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engel-Ufer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Exner** über: Das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag. 2. Bericht der Kommission vom vierten Quartal 1904. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 78/1  
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Das Verhandlungsprotokoll ist vorzulegen.  
Der Obmann.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.  
Montag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus,  
Rosinen-Strasse 3:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. 77/20  
Da Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Marmor - Arbeiter!

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“:  
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vierteljahres- und Jahres-Abrechnung. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedenes. 172/2  
Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Arbeiter, Parteigenossen,**  
deren Frauen und Töchter in der Damen- und Kinderkonfektion beschäftigt sind.

Am Dienstag, den 17. Januar, abends von 8-10 Uhr, finden zum zweitenmal die Wahlen der Vertreter der Arbeitnehmer zur Generalversammlung der Ortsklasse statt. Die erst vorgenommene Wahl ist auf das Betreiben einzelner Mißveranlässiger und Eigenbrödlers unbedeutender formaler Dinge wegen, die diese Elemente selbst verschuldeten, um Grund zum Protest zu haben, seitens der Gewerkschaftsleitung für ungültig erklärt worden.  
Wir ersuchen die Parteigenossen, ihre Frauen und Töchter zu veranlassen, sich an der Wahl zu beteiligen.  
Die von der Organisation vorgeschlagene Liste fängt an mit dem Namen **Almer** und endet mit dem Namen **Zühlke**. Nur diese Liste ist abzugeben.  
Verband der Schneider und Schneiderinnen.  
(Zentrale Berlin.) J. H.: A. Ritter.

## Verband der Tapezierer. (Filiale Berlin.)

Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Wendt,  
Deutstrasse 20:

**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Die letzten Vorgänge zwischen Hauptvorstand und Ausschuss.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.  
177/2 Die Verbandsleitung.

## Turnverein „Fichte“ Berlin

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.  
Am Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, fand die  
**Eröffnung der XIII. Männerabteilung**

in der  
**Städtischen Turnhalle Görlitzerstr. 52** statt.  
Turnzeiten: Dienstag u. Freitag 8-10 Uhr abends. Monatsbeitrag 60 Pf.  
Der Vorstand.

## Turnverein „fichte“.

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.)  
**1., 8. und 10. Männer-Abteilung.**  
Sonntag, den 21. Januar cr., im Böhmisches Brauhause,  
Landsberger Allee 11-13:

**Kostüm-Fest.**  
Eine Turnfahrt nach dem großen Winterberg im „Böhmisches“ Wald.  
Billet 50 Pfennige. 13775

## Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.

Bureau: Wilmannsstr. 32A, Hof part.  
Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Residenz-Sälen,  
Landsbergerstr. 31 (unterer Saal):

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1904. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung und Kassenkommission. 3. Neuwahl der Beschwerdekommision. 4. Festsetzung der Höhe des aus dem Lokalfonds an die lokale Zuschußkasse zu überweisenden Grundkapitals. 5. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
109/2 Die Ortsverwaltung.

## Süd-Eisbahn

größte Eisbahn Berlins 66/3  
Urbanstr. 166/167, vis-à-vis der Kaiser Franz-Kaserne  
ist eröffnet.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Herren  
Gedr. Arnold, Frankfurter Chaussee 120:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die sozialen Aufgaben der Gemeinde. 2. Vereinsangelegenheiten.  
Das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.  
Gäste haben Zutritt.  
Der Vorstand.

## Wahlverein Charlottenburg

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Rosinenstraße Nr. 3.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom preussischen Parteitag. Referent: Delegierter Genosse **Paul Girsch**. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Eine Beschwerde gegen den Vorstand. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 6. Verschiedenes.  
Die Mitglieder haben sämtlich zu erscheinen.  
Für Frauen und Gäste ist die Galerie reserviert.  
Der Vorstand. 250/2



Der Kuchen von Kummer  
Das ist 'ne tolle Nummer!  
Um diese Masse zu probieren  
Brauchst Du nicht lange zu studieren.

Denn eins, zwei, drei ohn'grosse Taten  
Wird Kummer's Kuchen stets geraten.  
Wenn Kummer's Kuchen fertig da,  
Ruft alles laut hurra! hurra!

Backen Sie nur noch mit  
**Kummer's**  
fertiger Kuchenmasse

Zu haben in al'en bess. Kolonialwaren- u. Delikatessen-Geschäften.  
Man hüte sich vor minderwertigen Mischungen!  
Fabrik: Heinrich Stern, Berlin C. 25, Prenzlauer Strasse 46  
**Wilmersdorf. Restaurant Selke.**  
Brandenburgische Straße 100.  
Angenehmer Familien-Aufenthalt. ♦ Musikalische Unterhaltung.  
Vereinszimmer (50 Personen). ♦ Billardzimmer.  
♦ Warme Küche zu soliden Preisen. 1621/2

# Fr. Hahn

Gegründet  
1825.

BERLIN C. 25  
Alexanderplatz

In den Abteilungen für:  
**Leibwäsche, Bettwäsche, Hauswäsche, Tischwäsche, Leinen- und Baumwollwaren**  
gelangen diese Woche zu aussergewöhnlich zurückgesetzten Preisen zum Verkauf.

Besonders hervorzuheben:	Tafeltücher 4 9 sonst 6-13 M. . . . . jetzt 4 bis 9 M.	Servietten, reinleinen, 3 95 sonst Dtd. 5 M. . . . . jetzt Dtd. 3 M.	Tee- und Kaffee-Gedecke 3 sonst 3,50 M. . . . . jetzt 3 M.
	Hausm. Bettlaken-Leinen 1 150 cm breit, sonst Meter 1,25 M., jetzt 1 M.	Bester Wäschestoff 36 sonst Meter 50 Pf. . . . . jetzt Meter 36 Pf.	Weiss Körperbarchent 48 sonst Meter 65 Pf. . . . . jetzt Meter 48 Pf.



